AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR.	2024-1813
BESCHLUSS-NR.	2025-94
IDG-STATUS	öffentlich

SIGNATUR	**09**	**Ressourcen und Support**
	09.00	**Finanzen**
	09.00.02	**Budget**

BETRIFFT **Antrag des Stadtrates betreffend Genehmigung des Budgets 2026, mit Festsetzung des Steuerfusses, sowie Kenntnisnahme des Aufgaben- und Finanzplans AFP 2025-2031 / Substantielles Protokoll**

[…]

2. Geschäft-Nr. 2025/106
Antrag des Stadtrates betreffend Genehmigung des Budgets 2026, mit Festsetzung des Steuerfusses, sowie Kenntnisnahme des Aufgaben- und Finanzplans AFP 2025-2031

ANTRAG DES STADTRATES

Der Stadtrat unterbreitet dem Stadtparlament mit Beschluss (SRB-Nr. 2025-223) vom 2. Oktober 2025 folgenden Antrag:

DAS STADTPARLAMENT

AUF ANTRAG DES STADTRATES
UND GESTÜTZT AUF ART. 21 ZIFF. 2 DER GEMEINDEORDNUNG

BESCHLIESST:

1. Das Budget 2026 über die Aufwendungen und Erträge in der Erfolgsrechnung sowie der Investitionsrechnung des Verwaltungs- und Finanzvermögens wird wie folgt genehmigt.

–	Erfolgsrechnung	Aufwand	Fr.	149'044'450.-
		Ertrag	Fr.	149'164'800.-
–	Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	Ausgaben	Fr.	41'274'000.-
		Einnahmen	Fr.	3'825'000.-
–	Investitionsrechnung Finanzvermögen	Ausgaben	Fr.	4'857'000.-
		Einnahmen	Fr.	2'229'000.-

2. Es wird eine Einlage in die Finanzpolitische Reserven von Fr. 4'500'000.- getätigt.
3. Der Steuerfuss wird für das Jahr 2026 auf 113 % der einfachen Staatssteuer angesetzt.
4. Es wird eine Entnahme aus Vorfinanzierungen von Fr. 90'900.- vorgenommen.
5. Der Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung von Fr. 120'350.- wird dem Eigenkapital gutgeschrieben.

Stadthaus
Märtplatz 29
Postfach
8307 Effretikon

Telefon 052 354 24 16
gemeinderat@ilef.ch
www.ilef.ch
facebook.com/stadtilef

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

6. Vom Aufgaben- und Finanzplan 2025 – 2029 und der Langfristperspektive 2030 – 2031 wird Kenntnis genommen.
7. Gemäss § 10 Abs. 2 lit. a des kantonalen Gemeindegesetzes ist das Referendum gegen diesen Beschluss ausgeschlossen.
8. Mitteilung durch Protokollauszug an:
   a. Abteilung Finanzen (dreifach)
   b. Abteilung Präsidiales, Parlamentsdienst (dreifach)

Für die detaillierten Ausführungen und den exakten Wortlaut des Weisungstextes wird auf die separaten Akten verwiesen.

---

1 PLENARDEBATTE

1.1 GRUNDLEGENDES

Der Parlamentspräsident schickt vor der Behandlung dieses Geschäftes einige grundlegende Informationen zum Ablauf voraus.

Nebst den üblichen Formalitäten, wonach Anträge vor Abstimmung jeweils schriftlich der Sitzungsleitung auszuhändigen und bei Wortmeldungen Konto-Nr. und Seitenzahl gemäss des gedruckten Budgets zu erwähnen sind, erläutert der Präsident den vorgesehenen Fahrplan. Die Parlamentsmitglieder finden den Fahrplan bei ihren Unterlagen zum entsprechenden Geschäft bzw. Traktandum elektronisch aufgeschaltet.

Mit Inkraftsetzung der neuen Geschäftsordnung wurde in Art. 64 Abs. 2 GeschO STAPA stipuliert, was durch übergeordnetes Recht vorgegeben ist. Nämlich: Bei der Behandlung des Budgets und der Jahresrechnung, aber auch bei der Behandlung des Geschäftsberichtes und bei Einzel- und Volksinitiativen ist Eintreten obligatorisch. Das Parlament stimmt demnach nicht mehr darüber ab.

Zur organischen Strukturierung der parlamentarischen Debatte kann gestützt auf Art. 64 Abs. GeschO STAPA dennoch aber eine grundsätzliche Einführungsdebatte und hernach eine Detailberatung geführt werden.

Im Besonderen sei erwähnt, dass die Einführungsdebatte Raum für Voten hinsichtlich grundsätzlicher Aspekte zum Budget bietet, nachdem der Stadtrat Ressort Finanzen den stadträtlichen Antrag und hernach der Präsident der vorberatenden Kommission deren Bericht erläutert hat.

Konkrete Anträge können zwar angemeldet, aber erst in der jeweiligen Detailberatung gestellt werden.

Im darauffolgenden Durchlauf können Einzel-, Partikular- oder Fraktionsanträge durch die Parlamentsmitglieder vorgebracht werden.

Zum jeweiligen Diskussionsgegenstand (bezieht sich auf Ablaufpunkt oder jeweiligen Antrag) darf das Wort maximal zweimal beansprucht werden (Art. 67 Abs. 3 GeschO).

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

1.2 REDEZEITEN

Art. 70 der Geschäftsordnung des Stadtparlamentes regelt die Redezeiten. Die Geschäftsleitung verzichtet darauf, im vorliegenden Fahrplan Kürzungen dieser Regelzeiten vorzunehmen. Sie ersucht dennoch, diese einzuhalten. Nur dann gelingt es, die Diskussionen straff und nicht ausufernd zu führen.

1.3 SPARPAKET

Der Stadtrat hat gemäss seiner bereits frühzeitig im Jahresverlauf erfolgten Kommunikation ein Sparpaket zur Entlastung des Finanzhaushaltes angekündigt. Mit Übermittlung der Budgetvorlage wurden die Im Juli beschossenen Massnahmen öffentlich.

Das Sparpaket ist Teil des Budget 2026 und dort integriert. Es wird ihm in der Debatte kein spezifischer Ablaufpunkt gewidmet.

Generelle Voten dazu finden Platz in der Einführungsdebatte, spezifischen Anmerkungen bei den jeweiligen Positionen des Budgets.

1.4 ZUM ABLAUF:

1	**VORWORT DES PARLAMENTSPRÄSIDENTEN** Grundsätzliches zum Ablauf	Richtwerte Redezeit
2	**EINFÜHRUNGSDEBATTE** Im Rahmen der Einführungsdebatte wird nur zum Budget im Allgemeinen diskutiert. Die konkreten Anträge werden unter Punkt 3 ff. abgehandelt.	
2.1	Referat des Stadtrates Ressort Finanzen	15‘
2.2	Referat des RPK-Präsidenten zum Kommissionbericht	10‘
2.3	Voten RPK-Mitglieder zur Einführung	5‘
2.4	Voten Parlamentsmitglieder zur Einführung	5‘
	DETAILBERATUNG	
3	**DETAILBERATUNG ERFOLGSRECHNUNG** Reihenfolge gemäss Kommissionsbericht der Rechnungsprüfungskommission	
	ANTRÄGE RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION	
3.1.1	Referent/in zum jeweiligen Antrag RPK (Mehr- und Minderheitsanträge)	5‘
3.1.2	Allfällige weitere Mitglieder RPK zum jeweiligen Antrag RPK	5‘
3.1.3	Weitere Parlamentsmitglieder zum jeweiligen Antrag RPK	5‘
3.1.4	Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zum jeweiligen Antrag RPK	5‘
3.1.5	Weitere Diskussionen	5‘

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

3.1.6	Abstimmung zum jeweiligen Antrag der RPK bzw. über allfällige weitere Anträge übriger Parlamentsmitglieder zu jenen Positionen, zu denen die RPK-Anträge gestellt hat / Bereinigung Das Verfahren wird pro Antrag der RPK nach diesen Ablaufpunkten wiederholt.	5' 5'
	ANTRÄGE GESCHÄFTSLEITUNG	5'
3.2.1	Parlamentspräsident Urs Gut zum jeweiligen Antrag GL	5'
3.2.2	Weitere Parlamentsmitglieder zum jeweiligen Antrag GL	5'
3.2.3	Abstimmung zum jeweiligen Antrag GL	5'
3.2.4	Allfällige weitere Anträge übriger Parlamentsmitglieder zu jenen Positionen, zu denen die GL-Anträge gestellt hat.	5' 5'
3.2.5	Abstimmung zum jeweiligen Antrag der GL bzw. über allfällige weitere	5'
3.2.6	Anträge übriger Parlamentsmitglieder zu jenen Positionen, zu denen die GL Anträge gestellt hat / Bereinigung	5'
4	**DETAILBERATUNG INVESTITIONSRECHNUNG / ANTRÄGE RPK** Reihenfolge gemäss Kommissionsbericht der Rechnungsprüfungskommission	
4.1	Anträge RPK	5'
4.2	Allfällige weitere Mitglieder RPK zu den Anträgen RPK	5'
4.3	Weitere Parlamentsmitglieder zu den Anträgen RPK	5'
4.4	Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu den Anträgen RPK	5'
4.5	Weitere Diskussionen	5'
4.6	Abstimmung zu den Anträgen der RPK	5'
4.7	Allfällige weitere Anträge übriger Parlamentsmitglieder zu jenen Positionen, zu denen die RPK Anträge gestellt hat.	5'
5	**BERATUNG DER ERFOLGSRECHNUNG DURCH DAS PLENUM** Anfrage nach Einzelanträgen – falls sehr zahlreich vorhanden Behandlung pro Ressort und Kontogruppe; Institutionelle Gliederung ab Seite 10 des gedruckten Budgets Bei wenigen, vereinzelten Anträgen: Freies Wortbegehren	
5.1	Mitglieder Stadtparlament	5'
5.2	Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu den Anträgen	5'
5.3	Abstimmung zu den Anträgen der RPK	5'
6	**BERATUNG DER INVESTITIONSRECHNUNG DURCH DAS PLENUM** Anfrage nach Einzelanträgen – falls sehr zahlreich vorhanden Behandlung pro Ressort und Kontogruppe; Institutionelle Gliederung ab Seite 71 des gedruckten Voranschlages Bei wenigen, vereinzelten Anträgen: Freies Wortbegehren Mitglieder Stadtparlament	

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

6.1	Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu den Anträgen	5′
6.2	Abstimmung zu den Anträgen	5′
6.3		5′
7	**Beratung der Abschreibungstabelle** Seiten 83/84	
8	**Beratung der Verpflichtungskreditkontrolle** ab Seite 85 Den durch die RPK beantragte S-Kredit wurde bei Behandlung der Investitionsrechnung abgewickelt; es bedarf hierzu keiner weiteren separaten bzw. redundanten Abstimmungen. Allfällig beschlossene Änderungen werden im Teil der Verpflichtungskreditkontrolle redaktionell nachgeführt. An dieser Stelle sollen neue Anträge aus dem Plenum behandelt werden.	
8.1	Mitglieder Stadtparlament	5′
8.2	Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu den Anträgen	5′
8.3	Abstimmung zu den Anträgen	5′
9	**ZWISCHENABSTIMMUNG ZUM BUDGET** Dispositiv-Ziffer 1 des stadträtlichen Antrages	
10	**DISKUSSION ZUM STEUERFUSS**	
10.1	Antrag der RPK, vertreten durch deren Präsidenten (Mehr- und Minderheitsanträge)	5′
10.2	Weitere Mitglieder RPK	5′
10.3	Wortmeldungen Mitglieder STAPA	5′
10.4	Stellungnahme Stadtrat	5′
11	**BEREINIGUNG DER ANTRÄGE ZUM STEUERFUSS** Abstimmung gem. Art. 78 GeschO STAPA	
12	**ZWISCHENABSTIMMUNG ZUR FESTSETZUNG DES STEUERFUSSES** Dispositiv-Ziffer 3 des stadträtlichen Antrages	
13	**ANTRÄGE ZUR EINLAGE IN VORFINANZIERUNGEN ODER IN DIE FINANZPOLITISCHE RESERVE**	
13.1	Antrag der RPK, vertreten durch deren Präsidenten	5′
13.2	Weitere Mitglieder RPK	5′
13.3	Wortmeldungen Mitglieder STAPA	5′
13.4	Stellungnahme Stadtrat	5′
	Abstimmung zu Dispositivziffer 2 des stadträtlichen Antrages	
14	**ENTNAHME AUS DER VORFINANZIERUNG**	
	Abstimmung zu Dispositivziffer 4 des stadträtlichen Antrages	

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

15	**GUTSCHREIBUNG DES ERTRAGSÜBERSCHUSSES AN DAS EIGENKAPITAL** (je nach Ausgang der Vordebatte / Abstimmungen)	
15.1 15.2 15.3 15.4	Voten RPK Voten Gesamtparlament Voten Stadtrat Abstimmung über Übertrag Oder Abstimmung zu Dispositivziffer 5 des stadträtlichen Antrages	5' 5' 5' 5'
16	**KENNTNISNAHME AFP** Allfällige Diskussion	
17	**ZWISCHENABSTIMMUNG ZUR KENNTNISNAHME DES AFP** Abstimmung zu Dispositivziffer 6 des stadträtlichen Antrages	
18	**SCHLUSSABSTIMMUNG** Zum Budget inklusive aller vorgenommenen Änderungen	

Im Besonderen sei erwähnt, dass die Einführungsdebatte Raum für Voten hinsichtlich grundsätzlicher Aspekte zum Budget bietet, nachdem der Stadtrat Ressort Finanzen den stadträtlichen Antrag und hernach der Präsident der vorberatenden Kommission deren Bericht erläutert hat.

Konkrete Anträge können zwar angemeldet, aber erst in der jeweiligen Detailberatung gestellt werden.

Im darauffolgenden Durchlauf können Einzel-, Partikular- oder Fraktionsanträge durch die Parlamentsmitglieder vorgebracht werden.

1.5 ABSTIMMUNGEN

Abstimmungen erfolgen gemäss Art. 77 ff. der Geschäftsordnung des Stadtparlamentes. Insbesondere sei auf das Vorgehen für den Fall hingewiesen, sollten zu einer Sache oder Position mehr als zwei gleichrangige Änderungsanträge vorliegen. Art. Art. 78 Abs. 4 der Geschäftsordnung regelt die diesbezügliche Handhabung wie folgt:

Art. 78	[1] Liegen mehr als zwei gleichgeordnete Änderungs- oder Hauptanträge vor, werden sie nebeneinander zur Abstimmung gebracht, wobei jedes Ratsmitglied nur für einen Antrag stimmen kann. Der Antrag mit den wenigsten Stimmen scheidet aus. Das Verfahren wird wiederholt, bis nur noch ein Antrag verbleibt. Über diesen wird in der Schlussabstimmung abgestimmt. .	Gleichgeordnete Anträge

---

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

Der Parlamentspräsident erkundigt sich beim Plenum, ob dieses zum erläuterten Vorgehen Wortmeldungen wünscht. Dem Schweigen des Parlamentskörpers ist zu entnehmen, dass das Vorgehen somit auf allgemeine Akzeptanz stösst.

---

2 EINFÜHRUNGSDEBATTE

2.1 REFERAT DES FINANZVORSTANDES

Stadtrat Philipp Wespi, FDP, Ressort Finanzen, gibt zu Handen des Parlamentes die wesentlichen Bestandteile und Fakten zum Budget 2026 wieder.

Für sein Referat bedient sich Stadtrat Wespi zur Illustration seiner Ausführungen einer visuellen Projektion, welche sich im Anhang zu diesem Protokoll findet. Zusammenfassend gewährt er einen Überblick über die Eckdaten und die wichtigsten Kennzahlen.

	BU2026	**BU2025**	**ABW. ZU BU25**
Ressourcenausgleich	30.0	24.8	+ 5.2
Aufwand (-) / Ertragsüberschuss (+)	+ 0.1	- 0.1	+ 0.2
Planmässige Abschreibungen (ohne EWB)	6.7	6.7	0.0
Investitionen VV (netto ohne EWB)	33.0	23.6	+ 10.4
Selbstfinanzierung steuerfinanziert	11.2	3.9	+ 7.3
Selbstfinanzierungsgrad steuerfinanziert	34 %	16 %	+ 18

Zu den übrigen Kennzahlen und finanztechnischen Details wird auf die umfangreiche Antragsschrift des Stadtrates verwiesen.

Stadtrat Wespi zieht folgendes Résumé:

- Ausgeglichenes Budget mit Einlage in Finanzpolitische Reserve.
- Cashflow leicht über Zielband (Fr. 11.2 Mio.) trifft auf rekordhohe Investitionen (Fr. 33.0 Mio.).
- Schuldenbestand (lf. Schulden) erreicht Fr. 95 Mio. ⇨ Schuldenbremse in Sichtweite. Günstige Zinsen, aber steigende Abhängigkeit vom allgemeinen Zinsumfeld.
- Steigende Kosten Gesellschaft (+ Fr. 1.4 Mio.) und Bildung (+ Fr. 0.4 Mio.) werden durch rekordhohen Ressourcenzuschuss (Fr. 30 Mio., +Fr. 5.2 Mio.) sowie höheren Steuereinnahmen aufgefangen.
- Sparpaket greift 2026 erstmals: 100 liquiditätswirksame Massnahmen (Fr. 2.4 Mio.) sowie Entlastung des AFP (Fr. 21.0 Mio.); künftige Sparanstrengungen nicht ausgeschlossen.
- Schulden werden weiter wachsen (kein nachhaltiger Abbau bis 2031 in Sicht); AFP enthält weitere Steuerfusserhöhung von 113 % auf 115 % im Jahr 2027.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

ZWISCHENFRAGE
DOMINIK MÜHLEBACH, SP

Dominik Mühlebach, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, erklärt einleitend, er wolle die Redezeit von Stadtrat Philipp Wespi nun doch noch etwas verlängern.

Er fragt anschliessend, wenn man den AFP betrachte, sehe man, dass der Cashflow im Jahr 2027 nach oben gehe. Dies werde mit dem Verkauf des alten Werkhofs begründet. Dieser Verkauf sei jedoch keineswegs definitiv und darüber hinaus ein stark umstrittenes Geschäft. Trotzdem erscheine er in der Finanzplanung der Stadt bereits relativ fix, zumindest könne man diesen Eindruck gewinnen.

Er gibt zu bedenken, dass es durchaus möglich sei, dass dieses Geschäft scheitere. Daher wolle er wissen, welche Alternativen der Stadtrat in diesem Fall vorsehe. Handle es sich um ein weiteres Sparpaket? Oder wären Steuererhöhungen vorgesehen – und zwar deutlich höhere, als sie vonseiten der SP vorgeschlagen würden?

STADTRAT PHILIPP WESPI, FDP

Stadtrat Philipp Wespi führt aus, der Stadtrat plane grundsätzlich nie einen Plan B, wenn er ein Geschäft mit Engagement und Überzeugung vertrete; er entwickle also nicht parallel ein Szenario für den Fall, dass ein Vorhaben scheitere. So verhalte es sich auch bei diesem Geschäft.

Er betont, man kämpfe dafür, dass die vom Stadtrat beantragte Lösung – zur Hälfte freier Markt, zur Hälfte gemeinnütziger Wohnungsbau, basierend auf einem Verkauf und nicht auf einem Baurecht – beim Volk eine Mehrheit finde.

Sollte dies nicht der Fall sein, müsse man zunächst zur Kenntnis nehmen, dass die Schulden nicht wie vorgesehen zurückbezahlt werden könnten. Welche Konsequenzen daraus zu ziehen seien, entscheide der Stadtrat zu jenem Zeitpunkt, wenn er die entsprechenden Fakten kenne.

Er ergänzt, es sei nicht Aufgabe des Stadtrates, auf spekulativer Grundlage zu planen. Abschliessend erinnert er daran, dass der Verkauf des Werkhofs im Finanzplan keineswegs ein Novum sei. Dieser Verkauf sei seit drei oder vier Jahren Bestandteil der entsprechenden Zahlen; daran habe sich mit dem neuen Finanzplan nichts geändert.

2.2 REFERAT DES RPK-PRÄSIDENTEN

Thomas Hildebrand, FDP, präsentiert in dessen Funktion als Präsident der Rechnungsprüfungskommission die Beurteilung der Sachlage aus deren Blickwinkel. Das nachfolgende Referat wird anhand einer visuellen Projektion untermalt; die Unterlage befindet sich im Anhang zu diesem Protokoll.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

2.3 VOTEN WEITERER MITGLIEDER RPK

SIMONE WEGMANN, MITTE

Simone Wegmann, Mitte, Mitglied des Stadtparlamentes, führt aus, wenn Schulden aufgrund der laufenden Kosten wüchsen, handle es sich um ein strukturelles Defizit und damit um ein Problem für den Budgethaushalt. Eine solche Situation sei unbedingt zu vermeiden. Sie hält fest, das aktuelle Budget weise glücklicherweise kein strukturelles Defizit auf. Die bestehenden Schulden stammten aus Investitionen in Bauten; dafür erhalte die Stadt einen langfristigen Gegenwert, etwa durch das Feuerwehr- und Werkgebäude, die Schulraumerweiterung Eselriet oder den neuen Bushof. Diese Anlagen würden von der heutigen Bevölkerung und ihren Kindern über viele Jahre genutzt.

Um weiterhin ein strukturelles Defizit zu vermeiden, müsse man dafür sorgen, dass die Kosten nicht schneller wüchsen als die Einnahmen. Das erarbeitete Sparpaket leiste hierzu einen Beitrag zur Entlastung der Erfolgsrechnung, was sie grundsätzlich befürworte. Sie dankt der Stadtverwaltung ausdrücklich für deren Bemühungen bei der Ausarbeitung des Paketes.

Gleichzeitig betont sie, das Sparpaket mit seinen hundert Massnahmen müsse kritisch betrachtet werden. Es sei darauf geachtet worden, das Paket ausgewogen zu gestalten, sodass die Einschnitte nicht einzelne Bevölkerungsgruppen, sondern die Gesamtheit mehr oder minder gleichmässig träfen. Alle sollten irgendwo auf etwas verzichten müssen. Sie zeigt sich jedoch nicht überzeugt, dass dies tatsächlich gelungen sei.

Bei näherem Hinsehen falle auf, dass künftig auf verschiedene Beiträge an Stiftungen und Vereine verzichtet werde – etwa an das Selbsthilfezentrum Zürcher Oberland, Beratungsstellen für Rechtsauskünfte und junge Erwachsene sowie an Angebote zur sozialen Arbeitsvermittlung und Arbeitsmarktintegration. Gerade in diesen Bereichen sollte man in der heutigen Zeit investieren, erklärt Simone Wegmann. Diese Institutionen seien wichtige Anlaufstellen für Menschen in herausfordernden Lebenssituationen, sie leisteten Unterstützung, förderten soziale Einbindung und trügen langfristig zur Stabilität des Gemeinwesens bei.

Sie wünsche sich, dass auch in künftigen Budgetrunden eine Eindämmung des Kostenwachstums angestrebt werde, jedoch mit einer sorgfältigeren Verteilung der Massnahmen. Insbesondere beim Leistungsabbau gegenüber Personen und Familien mit geringem Einkommen sollte besondere Zurückhaltung geübt werden.

Grundsätzlich sei Sparen nie einfach und Sparen tue weh, stellt sie fest. Daher wünsche sie sich für die Zukunft etwas mehr Mut, auch grössere Posten zu hinterfragen, neue Wege zu gehen und so wirksamere Hebel zur Begrenzung des Kostenwachstums zu identifizieren. Insgesamt, schliesst sie, befürworte die Mitte-Fraktion das vorliegende Budget.

ARIE BRUININK, GRÜNE

Arie Bruinink, Grüne, Mitglied des Stadtparlamentes, wolle mit einfachen Folien in seiner Power Point Präsentation beginnen (*Gelächter*).

Er habe bereits im Vorjahr erläutert, dass die Darstellung auf der ersten Folie nahezu das gesamte Themenfeld abdeckt, das an diesem Abend zu besprechen sei (einsehbar im Anhang zu diesem Protokoll). Sichtbar seien die Erfolgsrechnung, der Cashflow sowie das Verwaltungsvermögen und die langfristigen

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

Schulden – jenem zentralen Punkt, um den sich die Diskussion drehe. Ebenfalls seien jene Bereiche erkennbar, in denen das Sparpaket ansetze: Ertragserhöhungen, Reduktionen beim Aufwand, Eindämmung der Investitionen sowie die Diskussion über den Steuerertrag respektive den Steuerfuss.

Vorausschauendes und verantwortungsbewusstes Regieren bedeute, so betont er, langfristig zu denken und zu handeln – und nicht bloss mit Blick auf das nächste Wahljahr möglichst konfliktfrei zu agieren. Aus seiner Sicht seien zwei Grafiken des Aufgaben- und Finanzplans (AFP) besonders zentral, da sie zeigten, wohin sich die Stadt entwickle und wo ihre Herausforderungen lägen: die Fremdverschuldung und die Selbstfinanzierung.

Die Vergangenheit – also die abgeschlossenen Rechnungen – lasse sich mit den Prognosen abgleichen, die jeweils im AFP enthalten seien. Wer die Zukunft prognostiziere, müsse anerkennen, dass dies naturgemäss schwierig sei, doch die Qualität vergangener Prognosen lasse sich überprüfen. Er legt drei Szenarien dar: das 100-Prozent-Szenario; ein Szenario, das die Stadt für das jeweils kommende Jahr erstellen müsse; und das sogenannte 80-Prozent-Real-Szenario; ein Mischszenario, bei dem nicht realisierte 20 Prozent auf das Folgejahr verschoben würden und dort wieder einer 80-Prozent-Erfüllung unterlägen.

Der Unterschied zwischen den Szenarien zeige sich insbesondere bei den Totalausgaben: Das städtische Modell führe über sechs Jahre zu Ausgaben von knapp 124 Millionen Franken, das 80-Prozent-Real-Modell hingegen zu rund 135 Millionen Franken – einer Differenz von etwa 11 Millionen Franken.

Ein Rückblick auf die Vergangenheit zeige: Das 100-Prozent-Szenario hätte zu hohe Ausgaben prognostiziert (plus 6.8 Prozent), das städtische Mischszenario hingegen rund 10 Prozent zu tief. Das 80-Prozent-Real-Modell komme auf 101.5 Prozent und damit am nächsten an die effektiven Rechnungswerte heran. Dies belege, dass die Arbeit der Stadt sehr gut sei, die Unterschiede der Szenarien jedoch spürbar blieben.

Die Differenz zwischen dem Szenario der Stadt und dem 80-Prozent-Real-Modell entspreche 11 Millionen Franken oder umgerechnet 2.9 Steuerprozente pro Jahr. Auf 100 Prozent gerechnet entsprächen dies 9.4 Millionen Franken beziehungsweise rund 2.4 Steuerprozente.

Er bittet das Parlament, diese Erkenntnisse in die weiteren Diskussionen mitzunehmen. Grundsätzlich halte er das Budget für sehr gut und die geleistete Arbeit für ausgezeichnet. Abschliessend dankt er ausdrücklich Nicole Schönbächler, Leiterin Finanzen, die ihm stets geduldig fachliche Fragen beantworte, da er – wie er betont – kein Finanzenexperte sei.

DOMINIK MÜHLEBACH, SP

Dominik Mühlebach, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, zählt auf: ins Gewissen reden, in einen Spiegel schauen, wie könne man der Bevölkerung Angst machen mit Tariferhöhungen, im Berufsvorbereitungsjahr oder bei den Kindertagesstätten. Er empfinde dies als unangenehm, wenn man den Leuten jetzt Angst mache, dies sei Kaffeesatzlesen und entspreche nicht der Realität. Doch, so hält er der FDP entgegen, genau dies sei nun die Realität: ein Sparpaket mit 100 Massnahmen, darunter zahlreiche Tariferhöhungen. In der Budgetdebatte 2023 sei diese Realität noch verdrängt worden, nun aber müsse man das finanzpolitische Fiasko ausbaden.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

Er erinnert daran, dass die beiden Steuerfusssenkungen von 2018 und 2020 um insgesamt fünf Prozentpunkte der Stadt rund 16 Millionen Franken an entgangenen Einnahmen beschert hätten. Diese Entlastung sei primär privilegierten Bevölkerungsgruppen zugutegekommen – das lasse sich anhand der Progression klar belegen. Genau diese Mittel fehlten heute für die anstehenden Investitionen. Hinzu komme, dass man damals den Steuerabbau dem Schuldenabbau vorgezogen habe, weshalb die Schulden von 30 Millionen Franken auf 95 Millionen Franken im nächsten Budgetjahr ansteigen werden. Umfangreiche und notwendige Investitionen seien der Grund dafür. Es handle sich nicht um Wunschprojekte, sondern um unumgängliche Ausgaben: Schulhaussanierungen, Schulraumerweiterungen, Strassensanierungen oder der neue Werkhof.

Weil die Stadt viel investiere und die langfristige Verschuldung nicht reduziert habe, nähere man sich nun der Schuldenbremse. Er habe den Eindruck, die Mehrheit befinde sich inzwischen in einem Panikmodus. Es sei wenig überraschend, dass der verantwortungslose finanzpolitische Kurs nun zurückschlage. Anstatt den Steuerfuss wieder zu erhöhen und damit auch privilegierte Steuerzahlerinnen und Steuerzahler stärker in die Pflicht zu nehmen, setze der Stadtrat den Rotstift bei der Durchschnittsbevölkerung und bei weniger privilegierten Gruppen an.

Er könne nicht nachvollziehen, wie in diesem Zusammenhang von Opfersymmetrie gesprochen werden könne. Sie sei in keiner Weise gegeben. Zahlreiche der 100 Massnahmen belasteten besonders Ergänzungsleistungsbeziehende, Vereine, Familien, Menschen mit geringem Einkommen sowie Kinder und ältere Personen. Das Paket habe einschneidende Konsequenzen für die Bevölkerung; steigende Unzufriedenheit sei eine absehbare Folge. Für ihn handle es sich um einen Angriff auf den sozialen Frieden.

Er nimmt sodann Bezug auf die Investitionsplanung. Auch die Desinvestitionsmassnahmen seien kurzsichtig: Sie brächten einmalig Cash, entzögen der Stadt aber dauerhaft Wertsteigerungspotenzial sowie Miet- und Baurechtszinse. Langfristig fehlten wichtige Einnahmen, die den Finanzhaushalt entlasten könnten. Zudem würde kommenden Generationen wertvoller Boden entzogen, der für öffentliche Aufgaben oder zukünftige Herausforderungen benötigt werde. Der Ausverkauf städtischen Bodens müsse gestoppt werden.

Abschliessend betont er, er sei nicht ideologisch gegen jede einzelne Massnahme des Sparpaketes. Vieles ergebe durchaus Sinn, und er wäre zu Kompromissen bereit gewesen. Doch habe er keinerlei Offenheit für Kompromisse wahrgenommen. Stattdessen solle ein Paket zementiert werden, das sozial unverträglich und ungerecht sei. Damit sei für die SP eine rote Linie überschritten. Die SP-Fraktion trage Verantwortung für die Bevölkerung und wolle mit allen verfügbaren Mitteln die einschneidendsten Massnahmen noch abwenden, auch wenn die Entscheidungskompetenz weitgehend beim Stadtrat und bei der Schulpflege liege.

Dem Budget stimme er trotzdem zähneknirschend zu, da eine Ablehnung wohl nur symbolischen Charakter habe und wenig zielführend sei – ein Notbudget sei auch nicht im Sinne der SP. Er könne aber nicht ausschliessen, dass seine Fraktionskolleginnen und -kollegen in dieser Frage unterschiedlich abstimmen werden.

SIMON BINDER, SVP

Simon Binder, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes, fordert die Anwesenden auf, sich Folgendes vorzustellen: Man habe als Familie massive finanzielle Probleme; es fehle an allen Ecken, und am Ende des

Lohns bleibe immer mehr Monat übrig. Man liege nachts wach und überlege verzweifelt, wo sich noch Einsparungen finden liessen. Der Partner daneben könne ebenfalls nicht schlafen – nicht etwa aus Sorge, sondern weil er am leuchtenden Handy permanent Bestellungen tätige: Zalando, Galaxus, Amazon und so weiter. Er klicke unentwegt Bestellungen durch. Dies sei, so sagt er, geradezu absurd, kontraproduktiv und frustrierend.

Er stellt klar, dass er nicht über private Verhältnisse spreche, sondern über das Gefühl, das ihn jeweils in den vier RPK-Sitzungen zur Budgetberatung beschlichen habe. Die städtische Verwaltung und der Stadtrat hätten in einem über ein Jahr dauernden, intensiven Prozess in mehreren Workshops 100 Sparmassnahmen erarbeitet. Der Finanzvorstand habe dargelegt, dass die Stadt im kommenden Jahr die Schuldenobergrenze nahezu erreiche. In der RPK hätten die bürgerlichen Kräfte daraufhin in vier Sitzungen jeden Budgetposten durchleuchtet, nach Luft gesucht und – wie er beschreibt – am selben Strick gezogen. Alle? Nein, eben nicht.

Er wirft den linken und grünen Mitgliedern der Kommission vor, keinen einzigen Gedanken daran verschwendet zu haben, wo noch Einsparungen möglich wären. Sie kämen einzig in die RPK, um auszuloten, wie man das Sparpaket aufweichen oder verwässern könnte. Er vergleicht dieses Verhalten mit dem beschriebenen Ehepartner – eine Konstellation, die man niemandem wünsche.

Dem Stadtrat dankt er dafür, dass dieser eine proaktive Lösung präsentiert und Sparpotenziale auch dort identifiziert habe, wo das Parlament keinen direkten Einfluss habe. Ein Schönheitsfehler bleibe aber: Der Stadtrat habe bereits im Vorjahr den Steuerfuss erhöhen wollen, bevor er überhaupt ans Sparen gedacht habe. Für die Zukunft müsse gelten, den Gürtel zuerst enger zu schnallen – auch wenn dies unbequem sei –, bevor man mit der hohlen Hand an die Steuerzahlenden trete.

Er mahnt, die Verhältnismässigkeit in der Debatte zu wahren. Bei einem städtischen Haushalt von 149 Millionen Franken und einer städtischen Finanzkompetenz von 300'000 Franken sei es kaum sinnvoll, wenn das Parlament über Beträge von wenigen tausend Franken streite. Die Mehrheit der RPK beschränke sich bewusst auf wenige Anträge im Bereich von 35'000 bis 550'000 Franken. Die Vielzahl an Minderheitsanträgen – teilweise über gerade einmal 1000 Franken – bezeichnet er als Bagatellen. Man werde heute Abend tatsächlich darüber sprechen, ob Eltern für einen gesamten Gymi-Vorbereitungskurs 20 Franken mehr oder weniger bezahlen müssten. Über solche Kleinstbeträge habe die RPK stundenlang diskutiert; er wolle das Parlament davor verschonen.

Er kündigt an, dass er auf die Anträge der SP-Fraktion nicht weiter eingehen und diese kommentarlos ablehnen werde. Abschliessend freue er sich auf die Budgetdebatte und – selbstverständlich – auf die Diskussion über den Steuerfuss.

2.4 VOTEN WEITERER MITGLIEDER STADTPARLAMENT

Keine Wortmeldungen.

Der Parlamentspräsident stellt fest, dass seitens des Plenums kein Parlamentsmitglied das Wort mehr zu begehren wünscht. Folglich kann auf das Geschäft nach Art. 64 Abs. 2 GeschO STAPA eingetreten werden und zur Detailberatung übergegangen werden.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

DETAILBERATUNG

Der Parlamentspräsident leitet nach der gewalteten Einführungsdebatte zur Detailberatung über.

---

3 DETAILBERATUNG ERFOLGSRECHNUNG / ANTRÄGE RPK / ANTRÄGE GL

3.1 ANTRÄGE RPK

In ihrem Kommissionsbericht unterbreitet die Rechnungsprüfungskommission dem Stadtparlament einen Antrag, wonach das Budget infolge zwischenzeitlicher erfolgter und übergeordneter Beschlüsse anzupassen bzw. zu korrigieren ist.

ANTRÄGE RPK:

KONTO	BEZEICHNUNG	BETRAG	ANTRAG
3010.11/1500	Löhne Teuerungszulage	minus Fr. 35'000.-	Kürzung. Differenz aufgrund Entscheid Regierungsrat zu Teuerungszulage (budgetiert 0.3 %, effektiv 0.2 %)
3612.00/5400	Entschädigungen an Gemeinden und Zweckverbände	280'000.-	Erhöhung. Beitrag ZVV aufgrund der Budgetempfehlung ZVV vom September 2025. Grund für den markanten Anstieg der Kostenunterdeckung des ZVV ist insbesondere der Wegfall der Vorteilsanrechnung des Bundes ab 2026 (Abgeltung an den Kanton Zürich für seine Investitionen in die erste Neubaustrecke der Zürcher S-Bahn).

Der Parlamentspräsident erkennt nach entsprechender Rückfrage aus dem Plenum keinen Diskussionsbedarf. Folglich kann zur Abstimmung übergeleitet werden.

ABSTIMMUNG

Das Stadtparlament heisst die Anträge der Rechnungsprüfungskommission mit Einstimmigkeit gut.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

Eine Kommissions-Minderheit (3 Mitglieder) unterbreitet dem Stadtparlament folgende Änderungsanträge in der Erfolgsrechnung, die Teil des stadträtlichen Sparpaketes sind:

RESSORT / KONTO	BEZEICHNUNG	BETRAG	STADRAT / SCHUL-PFLEGE	ANTRAG
Hochbau 4100.4240.00	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	Fr. 10'000.-	Stadtrat	Die Kosten für das Sportzentrum Effretikon werden grösstenteils durch die Einnahmen der ordentlichen Steuern gedeckt. Eine weitere Gebührenerhöhung belastet die breite Bevölkerung in finanzieller Hinsicht (insbesondere Familien, Kinder, generell Menschen mit geringer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit). Deshalb sieht eine Minderheit keinen Bedarf nach einer weiteren Gebührenerhöhung.
Zum nachstehenden Antrag: Die Geschäftsleitung interpretiert, dass der Antrag darauf gerichtet ist, dass die Massnahme des Sparpaketes nicht umgesetzt wird und die Vereine weiterhin mit der Papiersammlung betraut werden. Diese Massnahme soll erst ab 2027 in ihrer Vollständigkeit greifen. Im Jahr 2026 und im Budget 2026 werden die Vereine das Papier weiterhin einsammeln, der Sammelrhythmus wird jedoch angesichts stark rückgängiger Papiermengen ohnehin reduziert. Eine Aufstockung des Betrages im Budget 2026 verfolgt daher nach Auffassung der Geschäftsleitung das Ziel der Antragstellenden nicht. Selbstverständlich darf zu dieser Position ein Antrag um Erhöhung gestellt werden, der «Output» oder das effektive Resultat wird aber dadurch im Jahr 2026 nicht verändert.				
Tiefbau 5540.3130.00	Dienstleistungen Dritter	Fr. 10'000.- im Jahr 2027	Stadtrat	Für viele Vereine ist die Papiersammlung ein wichtiger Event in der Agenda. So ist sie für viele Vereine eine Tradition, auf die sich die Vereinsmitglieder freuen. Ferner bietet sie den Vereinen eine weitere Möglichkeit, in der Öffentlichkeit für ihr ehrenamtliches Engagement wahrgenommen zu werden. Sodann sorgt die Papiersammlung für wichtige Einnahmen bei den Vereinen. Durch die Professionalisierung der Papiersammlung würde die Stadt die Finanzierung von (externen) Dritten gegenüber den ortsansässigen Vereinen bevorzugen. Zumal damit nur ein Betrag von 10'000 Franken gespart würde.
Bildung 4231.00 / 3140	Gymivorbereitung Kursgelderhöhung	Fr. 1'000.-	Schulpflege	Eine Erhöhung der Kursgelder schwächt die Chancengleichheit. Erfahrungen aus der Sozialhilfe und bei wirtschaftlich weniger leistungsstarken Personen zeigen, dass es Familien sehr schwerfällt, nach finanzieller Unterstützung zu fragen. Daran vermag der dafür vorgesehene Schulfonds nichts ändern.
Bildung 4231.00 / 3140	Freiwilliger Schulsport, Kursgelderhöhung	Fr. 5'000.-	Schulpflege	Das Kursangebot ermöglicht gerade aufgrund der tiefen Kursgelder, dass Kinder aus allen sozialen Schichten daran teilnehmen können. Eine Erhöhung der Kursgelder um beinahe

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

RESSORT / KONTO	BEZEICHNUNG	BETRAG	STADRAT / SCHUL-PFLEGE	ANTRAG
				das Doppelte der aktuellen Kursgelder bringt die Gefahr mit sich, dass Kinder und Jugendliche aus weniger vermögenden Familien sich künftig nicht mehr am Kursangebot teilnehmen.
Bildung 3130.00 / 3400	BVJ – Sprachdiplome	Fr. 7'000.-	Schulpflege	Die Kostentragung durch die Familien schwächt die Chancengleichheit. Erfahrungen aus der Sozialhilfe und bei wirtschaftlich weniger leistungsstarken Personen zeigen, dass es Familien sehr schwerfällt, nach finanzieller Unterstützung zu fragen. Daran vermag der dafür vorgesehene Schulfonds nichts ändern.
Bildung 4230.00 / 3400	BVJ – Höhere Schulgelder durch Eltern	Fr. 5'000.-	Schulpflege	Eine Erhöhung der Schulgelder schwächt die Chancengleichheit. Erfahrungen aus der Sozialhilfe und bei wirtschaftlich weniger leistungsstarken Personen zeigen, dass es Familien sehr schwerfällt, nach finanzieller Unterstützung zu fragen. Daran vermag der dafür vorgesehene Schulfonds nichts ändern.

DISSKUSSION
zu Hochbau 4100.4240.00 – Benützungsgebühren und Dienstleistungen

ARIE BRUININK, GRÜNE

Arie Bruinink, Grüne, Mitglied des Stadtparlamentes, führt aus, es gehe im Kern darum, den Ertrag zu erhöhen und damit Schulden abbauen zu können. Konkret soll die Eintrittsgebühr des Sportzentrums erhöht werden. Weshalb nicht, könnte man fragen. Viele Menschen könnten sich allerdings keine Ferien leisten; nach Bezahlung von Krankenkasse und Miete bleibe kaum etwas übrig. Für zahlreiche Familien seien Balkonien oder Ferien zu Hause die einzige Option, und das Sportzentrum dient dann oft als Ersatz.

Er berichtet sodann von einem fiktiven Gespräch zwischen der Familie Median – zwei Kinder, durchschnittliches steuerbares Einkommen – und Frau STAPA, Mitglied des Stadtparlamentes. Die Familie Median habe gehört, dass die Eintrittspreise des Sportzentrums erneut erhöht werden sollen. Bereits 2019 seien Gebühren angehoben worden. Frau STAPA erkläre daraufhin, die Stadt stehe bald bei 95 Millionen Franken Schulden; man müsse nun eben sparen. Die Tarifänderung bringe der Stadt gesamthaft 10'000 Franken ein.

Darauf beginne die Familie Median zu rechnen: Wenn die Saisonabos beider Kinder, der Eltern und eines allfälligen Familienabonnements jeweils etwas teurer würden, ergebe dies vielleicht gesamthaft rund 25 Franken Mehrbelastung pro Jahr für die Familie. Selbstverständlich sei man bereit, mehr zu zahlen, wenn dies der Stadt helfe – aber es müsse verhältnismässig sein.

Die Mutter der Familie Median habe zudem gehört, dass auch über eine Steuerfusserhöhung diskutiert werde. Sie frage, welchen Effekt dies hätte. Er legt dar, er komme auf einen Gemeindesteuerertrag von

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

370'000 Franken sowie einen Ressourcenausgleich von 265'000 Franken – insgesamt 635'000 Franken. Eine Erhöhung des Steuerfusses um zwei Prozentpunkte ergebe 1'270'000 Franken Mehreinnahmen. Zusätzlich reduzierten sich bei tieferer Verschuldung die Zinskosten – bei 1.6 Prozent auf die entsprechende Summe rund 20'000 Franken jährlich. Dies sei das Doppelte der Mehreinnahmen durch die Tariferhöhung des Sportzentrums.

Er betont, dass die geschätzten 10'000 Franken aus der Tarifmassnahme gerade einmal 0.8 Prozent dessen ausmachten, was eine zweiprozentige Steuerfusserhöhung einbrächte. Wenn man irgendwo einen Kaffee trinke, gebe man mehr Trinkgeld, als dieser Anteil betrage. Dies sei vernachlässigbar. Und weil nun Weihnachtszeit sei, könne man sagen: Es sei der Krümel in einer Kiste, der einer vollen Büchse gegenüberstehe.

Nach seiner Darstellung bringe die Massnahme der Stadt faktisch nichts, produziere aber Ärger in der Bevölkerung, die erneut höhere Eintrittspreise zahlen müsse. Aus diesem Grund empfehle er – gemeinsam mit der Familie Median, den Grünen und der SP –, die vorgesehene Tariferhöhung des Sportzentrums aus der Sparpaketliste zu streichen und damit aus der Erfolgsrechnung zu entfernen.

Der Parlamentspräsident erkennt nach entsprechender Rückfrage aus dem Plenum keinen weiteren Diskussionsbedarf. Folglich kann zur Abstimmung übergeleitet werden.

ABSTIMMUNG

Das Stadtparlament lehnt den Antrag mit 10 : 23 Stimmen bei einer Enthaltung ab.

DISSKUSSION
zu Tiefbau 5540.3130.00 – Dienstleistungen Dritter

DOMINIK MÜHLEBACH, SP

Dominik Mühlebach, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, müsse den hohen Stellenwert der Vereine für Illnau-Effretikon am heutigen Abend wohl niemandem mehr ausführlich darlegen. Er möchte jedoch zwei zentrale Punkte aufgreifen: Erstens präge das vielfältige, engagierte Vereinswesen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Zusammenleben stark, es leiste zudem einen bedeutenden Beitrag zu sozialer Teilhabe und Integration. Die Bevölkerung profitiere von einem breiten Spektrum an Angeboten, die jedoch nur dank unentgeltlichem, ehrenamtlichem Engagement zahlreicher Menschen überhaupt möglich seien. Diese opferten Freizeit und Ferien – ein Einsatz, der in Zeiten zunehmenden Individualismus keineswegs selbstverständlich sei. Umso wichtiger sei es, den lokalen Vereinen Sorge zu tragen.

Sodann komme er zur Bedeutung der Papiersammlung, sein zweiter Punkt. Für viele Vereine sei sie ein wichtiges Ereignis im Jahreskalender. Er wisse nicht, wer im Saal selbst schon einmal mitgesammelt habe, könne jedoch aus eigener Erfahrung berichten, dass das Zeitungssammeln stets eine gesellige Gelegenheit biete, als Vereinsmitglieder gemeinsam etwas zu unternehmen. Für einmal stehe nicht das Fussballfeld im Zentrum, sondern das Zeitungssammeln im Fahrzeug. Teams duellierten sich

spielerisch darum, wer die grösseren Mengen zusammentrage; es mache Spass und ermögliche Einblicke in Quartiere und Strassen, die man sonst kaum zu Gesicht bekomme.

Zudem würden Vereine durch dieses Engagement sichtbar. Und die Stadt habe die Vereine bislang entschädigt – rund 2'500 Franken pro Sammlung, was für mehrere Vereine ein substanzieller Beitrag sei.

Dominik Mühlebach erläutert die Ausgangslage: In den vergangenen Jahren fand die Papiersammlung monatlich statt; künftig werde sie aufgrund sinkender Papiermengen nur noch alle zwei Monate durchgeführt. Die einzelnen Vereine werden also nur noch alle zwei Jahre an der Papiersammlung teilnehmen. Das sei nachvollziehbar. Ab 2028 jedoch solle die Vereinssammlung vollständig durch eine professionelle Sammlung ersetzt werden. Damit entfalle den Vereinen langfristig eine wichtige Einnahmequelle.

Aus Sicht der SP sei nicht nachvollziehbar, weshalb der Stadtrat externe Dritte gegenüber ortsansässigen Vereinen bevorzuge – zumal nur 10'000 Franken eingespart würden, ein Betrag, der in der Gemeinderechnung kaum ins Gewicht falle. Für die Vereine hingegen würden die fehlenden 2'500 Franken pro Sammlung spürbar. Die Folge könne sein, dass Angebote reduziert oder Mitgliederbeiträge erhöht würden. Dies erschwere den Zugang für bestimmte Bevölkerungsgruppen und schwäche das gesamte Vereinsleben. Dies dürfe man nicht zulassen.

Für die SP sei klar, dass die Entscheidung über eine Professionalisierung der Sammlung beim Stadtrat liege. Mit dem Antrag wolle man jedoch ein Zeichen setzen, dass man die Massnahme ablehne. Die Stadt profitiere ohnehin bereits erheblich vom Engagement der Vereine, sodass im Bereich Sozialarbeit und Sportförderung erhebliche Ressourcen gespart werden könnten. Eine Einsparung von 10'000 Franken auf Kosten der Vereine sei ein Ausdruck mangelnder Wertschätzung.

Er schliesst mit einem ausdrücklichen Dank an alle lokalen Vereine – auch im Namen jener, die den Antrag unterstützen würden – und äussert die Hoffnung, dass dem Antrag gefolgt werde, damit die Papiersammlung weiterhin erhalten bleibe.

ARIE BRUININK, GRÜNE

Arie Bruinink, Grüne, Mitglied des Stadtparlamentes, dankt Dominik Mühlebach, SP, für die ausführliche Darlegung, weshalb die Papiersammlung durch die Vereine beibehalten werden solle.

Er wolle lediglich einen zusätzlichen Punkt hervorheben: Selbstverständlich könne man den Vereinen einfach mehr Geld auszahlen, doch er halte es für sinnvoller, wenn diesen Beiträgen auch eine entsprechende Tätigkeit gegenüberstehe. Die Papiersammlung sei ein gutes Beispiel dafür, dass die Vereine für die erhaltenen Mittel eine wertvolle Leistung erbrächten – eine Leistung, die sie benötigten und die gleichzeitig den Gemeinsinn stärke.

Die Grünen unterstützen diesen Antrag.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

SIMONE SCHÄDLER, EVP

Simone Schädler, EVP, Mitglied des Stadtparlamentes, habe beim Nachfragen zu diesem Posten beim Stadtrat realisiert, dass die Vereine nicht konsultiert worden seien. Sie sei der Ansicht, dass bereits jetzt eine Einsparung erfolge, wenn nur noch alle zwei Monate Papier gesammelt werde. Kurzfristig spare die Stadt dadurch ohnehin Geld, und mittel- bis langfristig bestehe die Chance, die Vereine zu fragen, ob sie die Papiersammlung weiterhin durchführen möchten.

Es gebe beide Perspektiven: Vereine, die froh seien, diese «Krampferei» nicht mehr leisten zu müssen, und andere, die auf diese Einnahmen am Jahresende angewiesen seien. Sie betont, es wäre ihr wichtig, dass der Stadtrat diese Rückmeldung einhole und abkläre, ob bei den Vereinen ein Bedarf bestehe oder ob sie eher erleichtert wären, die Sammlung nicht mehr durchführen zu müssen.

RALF ANTWEILER, GLP

Ralf Antweiler, GLP, Mitglied des Stadtparlamentes, führt aus, das Sparpaket mit seinen zahlreichen kleinen Massnahmen bringe es zwangsläufig mit sich, dass man über sehr geringe Beträge diskutiere. In diesem Fall gehe es um lediglich 10'000 Franken, könne man sagen, doch für ihn stehe nicht der finanzielle Aspekt im Vordergrund, sondern das, was man den Vereinen damit wegnehme.

Die Papiersammlung sei für viele Vereinsmitglieder – insbesondere für Kinder und Jugendliche – oftmals das erste Mal, dass sie einen Beitrag zum Gemeinwesen leisten würden. Sie würden von ihren Vereinen aufgeboten, Papier zu sammeln, unabhängig davon, welchem Verein sie angehören. Er habe dies selbst jahrelang erlebt und halte die positiven Effekte für bedeutsam – persönlich, aber auch im Hinblick auf das grundlegende Verständnis, dass man gelegentlich etwas für die Gemeinschaft tun müsse, damit man etwas zurückbekomme. Vielleicht werde es nicht als Beitrag für die Stadt wahrgenommen, aber doch zumindest als Einsatz für den eigenen Verein, damit dieser Einnahmen generieren und sein Angebot aufrechterhalten könne.

Dies als junger Mensch zu lernen, sei aus seiner Sicht wertvoll. Die Papiersammlung gebe es seit Jahrzehnten, und er würde sie gerne beibehalten. Deshalb wolle er, dass die 10'000 Franken weiterhin den Vereinen zugutekommen und nicht an eine professionelle Sammlung vergeben würden.

STADTRAT ERIK SCHMAUSSER, GLP

Stadtrat Erik Schmausser, GLP, Ressort Tiefbau, ergänzt, Dominik Mühlebach, SP, habe die Ausgangslage bereits weitgehend dargelegt. Er selbst habe früher ebenfalls an Papiersammlungen teilgenommen, als Mitglied des Turnvereins Effretikon. Dies sei manchmal ein Krampf gewesen, manchmal habe es Spass gemacht; man bilde sich darüber sicherlich eine eigene Meinung.

Er hebt jedoch hervor, dass sich die Zeiten definitiv geändert hätten. Seit 2017 habe sich die Sammelmenge halbiert. Aus diesem Grund steige man nun auf einen Zweimonatsrhythmus um, und die Papiermengen würden weiter abnehmen. Es handle sich bei der Papiersammlung – sowohl bei den Sammlungen mit Fahrzeugen als auch bei den Hauptsammelstellen – um ein Auslaufmodell.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

Weiter stellt er klar, dass es sich bei der diskutierten Massnahme um eine Regelung handle, die erst im Jahr 2028 wirksam werde. Der Stadtrat habe mit den Vereinen vereinbart, dass sie in den Jahren 2026 und 2027 ein letztes Mal zu den bisherigen Vergütungen sammeln könnten – also zu denselben Beträgen wie früher, als die Sammelmenge noch doppelt so hoch gewesen sei. Damit sei dieser Punkt im Budget 2026 überhaupt nicht enthalten.

Er möchte dies ausdrücklich festhalten und dankt für die Aufmerksamkeit.

DOMINIK MÜHLEBACH, SP

Dominik Mühlebach, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, hält fest, dass er selbstverständlich auch am heutigen Abend rechne und dabei zum Schluss komme, dass sein Anliegen zwar auf gewissen Rückhalt stosse, insgesamt jedoch wohl nicht die nötige Mehrheit finden werde. Einerseits erkenne man an, dass das Zeitungssammeln einen Wert habe, andererseits werde auch gesehen, dass es einer finanziellen Kompensation bedürfe, wenn diese Einnahmequelle für die Vereine wegfalle.

Er betont jedoch, dass den Vereinen diese Einnahmen faktisch entgingen und es nach wie vor keine Lösung dafür gebe. Insgesamt handle es sich um rund 30'000 Franken, die den Vereinen künftig fehlen würden. Er habe ein gewisses Verständnis dafür, dass einige Parlamentsmitglieder das Sparpaket nicht auftrennen oder «aufdröseln» wollten; aus dieser Optik könne er den Widerstand nachvollziehen.

Gerade deshalb, so erklärt er weiter, liege jedoch eine gute Alternative vor, die verhindere, dass man das Sparpaket inhaltlich aufbrechen müsse. Er habe deshalb bereits ein Postulat verfasst, das zum Ziel habe, für betroffene Vereine zumindest eine finanzielle Kompensation zu prüfen. Darin gehe es zudem darum, diese Beiträge künftig auch der Teuerung anzupassen.

Er freue sich daher, wenn sich zeige, dass im Parlament ein Wille bestehe, die Vereine zu unterstützen – auch wenn dies beim Zeitungssammeln offenbar nicht mehr zeitgemäss sei. In diesem Fall lade er die Parlamentsmitglieder ein, im Anschluss an die Sitzung auf ihn zuzukommen und das erwähnte Postulat mitzuunterzeichnen.

Abschliessend erklärt er, dass er den Antrag im Namen der RPK-Minderheit, der ihn eingebracht habe, zurückziehe.

RÜCKZUG

Die Minderheit der Rechnungsprüfungskommission zieht den Antrag zurück.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

DISSKUSSION
zu Gymivorbereitung Kursgelderhöhung
zu Freiwilliger Schulsport, Kursgelderhöhung
zu BVJ – Sprachdiplome
zu BVJ – Höhere Schulgelder durch Eltern

MARKUS ANNAHEIM, SP

Markus Annaheim, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, erkläre eingangs, er wolle die Anwesenden nicht langweilen und fasse deshalb die Begründung zu vier Anträgen aus dem Schulbereich zusammen. Er halte fest, es sei mittlerweile offensichtlich, dass seine Fraktion mit dem Sparpaket unzufrieden sei. Einsparungen bei Sachaufwänden könne man sich vorstellen, ebenso Massnahmen zur Effizienzsteigerung. Sobald jedoch Menschen und deren Gestaltungsspielraum direkt betroffen oder eingeschränkt würden, stelle sich die Lage anders dar. Gerade bei der Schule sei klar erkennbar, dass die Sparübung Kinder, Jugendliche und Familien unmittelbar treffe.

Für manche seien die Erhöhungen gering, für andere hingegen durchaus spürbar. Er verweist auf die von Simon Binder, SVP, beschriebene Durchschnittsfamilie: 20 Franken für den Gymivorbereitungskurs, 30 Franken für den freiwilligen Schulsport, zusätzliche Kosten für das Berufsvorbereitungsjahr – rasch summiere sich dies, insbesondere für Familien mit durchschnittlichem Einkommen. Er merkt an, er freue sich zwar, dass sich ein angehender Stadtratskandidat in eine solche Familiensituation hineindenken könne, doch ändere dies nichts am Problem. Bei der Schule zu sparen, obwohl diese als wichtigste Ressource des Landes gelte, sei falsch. Damit verhindere man, dass junge Menschen ihren Talenten nachgehen und ihr Potenzial ausschöpfen könnten. Dies schade nicht nur den Einzelnen, sondern auch der Gesellschaft insgesamt. Chancengleichheit sehe anders aus.

Er betont, das Sparpaket treffe primär Menschen mit tiefen Einkommen und Familien. Dies lasse sich nicht schönreden. Während der Nachbar ohne Kinder nicht betroffen sei, summierten sich die kleinen Belastungen für Eltern – ein Nährboden für Unzufriedenheit und eine Belastung für den sozialen Frieden. Eine Steuererhöhung hingegen treffe alle gleichermassen und hätte eine andere Wirkung.

Die SP-Fraktion hätte sich mehr Fingerspitzengefühl von Schulpflege und Stadtrat gewünscht. Diese hätten Zurückhaltung üben und auf Gebührenerhöhungen verzichten sollen. Ihnen sei bewusst, dass die Entscheide in der Kompetenz der Schulpflege und des Stadtrates lägen. Das absolute Minimum wäre aber aus seiner Sicht gewesen, die Familien proaktiv über den bestehenden Schulfonds zu informieren: niederschwellig, unkompliziert, idealerweise bereits an Elternabenden. In Winterthur werde dies vorbildlich gemacht.

Er hält fest, dass das neue Gebührenreglement bereits beschlossen und auf Anfang des Jahres in Kraft gesetzt wird. Seine Fraktion sei zum Schluss gekommen, dass die erhobenen Gebühren generell nicht den Vorstellungen der SP entsprächen, das Budget aber nicht der geeignete Ort sei, um diese Grundsatzfrage zu klären. Man werde deshalb einen Vorstoss vorbereiten und das neue Reglement zunächst in Kraft treten lassen.

Dementsprechend kündigt er an, die vier Anträge zurückzuziehen. Er wolle jedoch niemanden daran hindern, sich zu äussern. Sollte im Parlament der Wunsch bestehen, dennoch ein Zeichen an Schulpflege oder Stadtrat zu senden, sei seine Fraktion offen und vorbereitet.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

RÜCKZUG

Die Minderheit der Rechnungsprüfungskommission zieht alle vier verbliebenen Anträge zurück.

SITZUNGSUNTERBRUCH

Der Parlamentspräsident macht beliebt, dass nun eine 10-minütige Pause eingelegt werde. Dies wird stillschweigend angenommen. Eine warme Zwischenverpflegung wurde bereits vorbereitet.

3.2 ANTRÄGE GESCHÄFTSLEITUNG

Die Geschäftsleitung empfiehlt dem Gesamtparlament, die Grundentschädigung für die Mitglieder des Stadtparlamentes von derzeit 1'400 auf 1'300 Franken zu senken. Diese Änderung erfordert eine Anpassung der Verordnung über die Entschädigung der Behörden (IE 100.01.03; EntschVO).

Zudem soll auf Abschiedsgeschenke für austretende Parlamentsmitglieder, auf die Bereitstellung von Tafelwasser sowie auf einen Teil des Budgets für den Parlamentsausflug verzichtet werden.

ANTRÄGE GL:

1.	KOSTENART	2.3.	TENSTELLE	KOS-	4.5.	BEZEICHNUNG	6.7.	BISHER	BETRAG	8.9.	TRAG NEU	BE-	10 11.	BEMERKUNG
12.	3000.00	13	14.	1002	15	16. Entschädigungen, Tag- und Sitzungsgelder an Behörden und Kommissionen	17	18.	143'000	19	20.	139'400	21	22. Reduktion Grundentschädigung der Parlamentsmitglieder um Fr. 100 (Total Fr. 3'600)
23.	3170.00	24	25.	1002	26	27. Reisekosten und Spesen	28	29.	25'000	30	31.	16'000	32	33. Reduktion Wasser ggf. Verpflegung pro Sitzung (insgesamt Fr. 2'000.-) Reduktion Parlamentsausflug (Fr 2'000.-) Abschaffung Geschenke bei Austritt (Fr. 2'000.-)

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

DISSKUSSION
zu 3000.00/1002 Entschädigungen, Tag- und Sitzungs-gelder an Behörden und Kommissionen

VOTUM PARLAMENTSPRÄSIDENT FÜR DIE GESCHÄFTSLEITUNG
PARLAMENTSPRÄSIDENT URS GUT, GRÜNE

Parlamentspräsident Urs Gut, Grüne, erklärt, auch die Geschäftsleitung habe sich bei der Erarbeitung des Sparpaketes verpflichtet gefühlt, nach Sparpotenzial zu suchen, wo noch Einsparungen möglich seien. Man habe beispielsweise diskutiert, ob der Livestream gekürzt werden könne, dies hätte jedoch einen Abbau des Services bedeutet, und das habe man nicht gewollt.

Die Geschäftsleitung sei schliesslich bei den eigenen Entschädigungen und beim eigenen Komfort angelangt, obwohl man sich bewusst sei, dass die Entschädigungen im kantonalen Durchschnitt eher am unteren Ende lägen.

Er betont, man könne nun sagen, weniger Lohn bedeute weniger Anerkennung, dies sei für ihn jedoch eine falsche Interpretation. In der Wirtschaft gebe es einige Personen, die deutlich mehr erhielten, als sie eigentlich verdienten, und umgekehrt viele, die weniger erhielten, als ihnen zustünde.

Anerkennung erhalte man nicht dadurch, ob man mehr oder weniger bezahlt werde. Anerkennung erhalte man für das, was man leiste, wofür man einstehe. Vielleicht erhalte man einmal ein wohlwollendes E-Mail oder werde im nächsten Frühling bei den Erneuerungswahlen mit einem guten Resultat wieder gewählt.

Abschliessend bittet er, diesem Antrag zuzustimmen und damit diesen mehr oder weniger symbolischen Beitrag zu leisten.

VOTEN MITGLIEDER STADTPARLAMENT
MAXIM MORSKOI, SP

Maxim Morskoi, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, führt aus, Urs Gut habe die Überlegungen der Geschäftsleitung bereits gut dargelegt. Er erinnert daran, dass vor wenigen Jahren Peter Vollenweider und er selbst einen Vorstoss eingereicht hätten, um das Entschädigungsreglement zu überprüfen. Damals habe man der Geschäftsleitung überhaupt erst zu Entschädigungen verholfen. Dank dieses Vorstosses gebe es heute eine Entschädigung für die Geschäftsleitung, was richtig und wichtig sei.

Es mache ihn ehrlich gesagt etwas wütend, nun hier wegen 100 Franken sparen zu wollen, während sehr viele Personen erheblichen Aufwand betrieben. Das Parlament habe bereits heute sehr tiefe Entschädigungen. Zwar könne man argumentieren, man solle die Sitzungsgelder erhöhen und dafür die Entschädigungen senken, doch unter dem Strich wisse jede Parlamentarierin und jeder Parlamentarier, wie viel Geld über eine Legislatur oder über normale Jahre hinweg zusammenkomme, und dieser Betrag liege deutlich unter jenem vergleichbarer Städte wie Kloten oder Bülach.

Er geht auf das Thema Wertschätzung politischer Arbeit ein und erklärt, dies sei ein schönes, aber auch sensibles Thema, das er häufig in der Familie diskutiere. Zu der Zeit, als seine Mutter im Parlament gewesen sei, sei die Wertschätzung sehr hoch gewesen, damals war man noch jemand als Mitglied des Grossen Gemeinderates. Man könne an einem Samstagmorgen vor der Migros Personen fragen, wie viele Stadtparlamentarierinnen und Stadtparlamentarier sie kennen, und es seien wohl sehr

wenige. Viele würden heute noch sagen, der Stadtpräsident heisse Ueli Müller, sie kennen nicht einmal Marco Nuzzi. Das sei tragisch und zeige für ihn, dass die Wertschätzung in der Bevölkerung bereits heute sehr tief sei. Vor diesem Hintergrund halte er es für falsch, einen symbolischen Beitrag zu leisten, indem man die Entschädigung um 100 Franken senke, nur damit es gut aussehe.

Er stellt klar, er werde diesem Antrag nicht zustimmen. Er anerkennt, dass ein Beitrag geleistet werden müsse, und könne sich eher vorstellen, bei der Verpflegung anzusetzen, etwa auf Wasserflaschen zu verzichten oder einen Apéro zu kürzen. Er lehnt es jedoch ab, bei der eigenen Entschädigung nach unten zu schrauben. Wenn überhaupt, sehe er eher eine Anpassung nach oben (*Gelächter*).

Er führt weiter aus, der Aufwand im Parlament sei beträchtlich. Er spreche insbesondere aus der Perspektive als Parteipräsident und habe für den Monat November seinen Zeitaufwand festgehalten: rund 40 Stunden politische Arbeit. Er sei in der Wako, in der Fraktion und in weiteren Gremien tätig, unter anderem in der Parteipräsidentenkonferenz. Viele andere hätten ebenfalls zahlreiche Verpflichtungen. Rechne man diese 40 Stunden um, entspreche dies faktisch etwa 100 Franken pro Monat zuzüglich eines Sitzungsgeldes von 100 Franken für die Novembersitzung.

Man könne zwar sagen, politische Arbeit mache Freude, sei erfüllend und interessant, doch sie sei auch anstrengend. Dies gelte für alle Anwesenden. Für ihn sei die Entschädigung deshalb eine Form der Wertschätzung gegenüber allen Parlamentarierinnen und Parlamentariern sowie gegenüber dem Stadtrat, der sehr viel Arbeit leiste und teilweise gar nicht entschädigt werde.

Abschliessend erklärt er, er lehne den Antrag ab.

VEDAT TÜZER, SP

Vedat Tüzer, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, habe in der Geschäftsleitungssitzung dem Antrag zugestimmt, im Wesentlichen deshalb, weil er persönlich gut mit weniger auskommen könne. Im Nachhinein habe er jedoch gemerkt, dass er zu wenig darüber nachgedacht habe, was diese Kürzungen für alle im Parlament bedeuteten. Das sei von ihm nicht gut gewesen, und deshalb sage er dies heute offen.

Bei näherer Betrachtung machten diese Massnahmen die parlamentarische Arbeit und die Zusammenarbeit eher komplizierter, statt etwas zu verbessern. Daraus folge für ihn klar, dass er dem Antrag nicht zustimmen könne.

SIMON BINDER, SVP

Simon Binder, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes, führt aus, einem Politiker werde oft nachgesagt, er sage das eine und tue das andere. Er habe vorhin erklärt, er werde wegen 100 Franken nicht nochmals nach vorne kommen, um zu sprechen, und nun stehe er doch hier. Er sei schon ein wenig perplex. Es irritiere ihn, dass bei diesem Antrag, bei dem sich sowohl die Geschäftsleitung in der alten Zusammensetzung als auch die aktuelle Geschäftsleitung einstimmig für dieses Sparpaketchen ausgesprochen hätten, nun Rückzieher von linker Seite erfolgten.

Er betont, es sei klar, dass wegen 100 Franken mehr oder weniger niemand von ihnen seinen Lebensstil anpassen müsse. Wer sich allein wegen dieses Sitzungsgeldes zur Wahl stelle, sei ohnehin am falschen Ort. Bei diesem Antrag gehe es ausschliesslich um 100 Franken und damit klar um Symbolik. Gleichzeitig habe man zuvor ein Sparpaket des Stadtrates gutgeheissen, mit dem rund zwei Prozent des Budgets eingespart würden. Dabei würden den Schülerinnen und Schülern Examen gestrichen, Vereine müssten mehr leisten, es gebe weniger Skilager und weitere einschneidende Massnahmen. Es gebe somit viele Opfer, die andere erbringen müssten.

Man sei davon ausgegangen, dass die Medien nach der Sitzung berichten könnten, das Parlament trage geschlossen Verantwortung und leiste ebenfalls einen Beitrag zum Wohl des städtischen Haushaltes. Dies sei für ihn eine Selbstverständlichkeit. Dass dies nun auf Gegenwehr stosse, erscheine ihm unverständlich.

Weiter erklärt er, am heutigen Abend sei mehrfach von Opfersymmetrie gesprochen worden. In diesem Zusammenhang sei er der Meinung, dass nicht nur das Parlament, sondern auch der Stadtrat einen Beitrag leisten müsse und im Bereich seiner eigenen Entschädigungen ebenfalls zwei Prozent Einsparpotenzial suchen solle. Er halte es jedoch nicht für richtig, dass das Parlament dem Stadtrat diese Sparmassnahme über eine Budgetposition vordiktiere. Vielmehr solle der Stadtrat eigenständig einen entsprechenden Antrag ausarbeiten dürfen.

Er unterbreitet deshalb einen Vorschlag: Falls sich das Parlament heute nicht an den Sparmassnahmen beteiligen wolle, sei dies aus seiner Sicht unverschämt, und der Stadtrat hätte ebenso das Recht, sich entsprechend zu verhalten. Sofern das Parlament jedoch seine eigene Grundentschädigung tatsächlich kürze, fordere er den Stadtrat auf, seinerseits ebenfalls zwei Prozent Einsparpotenzial zu suchen und dem Parlament bis zur nächsten Sitzung vom 29. Januar 2026 einen entsprechenden Antrag vorzulegen, damit in der Januarsitzung abschliessend darüber entschieden werden könne.

Abschliessend appelliert er an das versammelte Stadtparlament, allen Sparmassnahmen der Geschäftsleitung zu folgen, und erklärt, er freue sich auf die Sparvorschläge des Stadtrates in der Januarsitzung.

MARKUS ANNAHEIM, SP

Markus Annaheim, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, stellt fest, es handle sich also sehr wohl um Wahlkampf. Er zitiert den Spruch «If you feed Peanuts, you get Monkeys» und erklärt, dieser bringe auf den Punkt, dass wenn etwas nichts wert sei, man auch nichts erhalte. In der Wirtschaft – gerade auch aus dem Mund von Wirtschaftsvertretern – werde stets betont, alles müsse einen Wert haben und entsprechend bewertet werden. Wenn es jedoch um das Parlament gehe, gelte dies offenbar nicht.

Das Parlament der Stadt Illnau-Effretikon befinde sich im Kanton keineswegs einfach am unteren Ende der Fahnenstange, sondern ganz unten. Es gebe kein Parlament im Kanton, dem weniger bezahlt werde als dieses. Das bedeute, man sei weniger wert als alle anderen Parlamentsgemeinden beziehungsweise Parlamentarierinnen und Parlamentarier im Kanton, und nun solle dieser Wert nochmals weiter gesenkt werden.

Er betont, man könne von ihm aus bei Apéros sparen und daraus eine symbolische Geste machen. Am Schluss bleibe es jedoch reine Symbolik, und diese Symbolik empfinde er als anbiedernd. Zudem

weist er darauf hin, dass das Parlament damit die einzige Behörde wäre, die eine solche Massnahme umsetze; die anderen täten dies nicht. Wenn schon, müsse man eine solche Logik konsequent anwenden und alle mit ins Boot holen.

Weiter erklärt er, es handle sich insgesamt um eine fragwürdige Symbolpolitik. Auch im Zusammenhang mit Geschenken halte er fest, er kenne keinen einzigen Verein, der seinen Mitgliedern nach mehrjähriger Tätigkeit nicht zumindest ein kleines Geschenk als Dank überreiche. Dies sei das Mindeste an Wertschätzung.

Abschliessend hält er fest, er sehe den Sinn dieses Antrags nicht und werde ihn entsprechend auch nicht annehmen.

DOMINK MÜHLEBACH, SP

Dominik Mühlebach, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, hatte wirklich nicht vor, an diesem Abend so oft ans Rednerpult zu treten. Doch ein Aspekt sei seiner Ansicht nach bisher zu wenig beachtet worden. Wenn er sich im Saal umsehe – und auch sich selbst miteinbeziehe –, stelle er fest, dass hier sehr viele privilegierte Personen sässen. Diesen Punkt wolle er ausdrücklich hervorheben.

Er führt aus, gerade bei Entschädigungen spiele dieser Umstand eine wichtige Rolle. Entschädigungen in einer gewissen Höhe ermöglichten es nämlich auch Personen, die aufgrund ihrer finanziellen Situation sonst kaum die Möglichkeit hätten, sich politisch zu engagieren und ein solches Engagement überhaupt wahrzunehmen.

Er betont, ihm sei es deshalb wichtig, dass Entschädigungen – wenn überhaupt – eher erhöht als gesenkt würden. Dies sage er nicht, weil er persönlich mehr erhalten wolle, sondern weil er eine stärkere Durchmischung im Parlament anstrebe. Eine angemessene Entschädigung trage dazu bei, dass politische Arbeit nicht nur privilegierten Personen offenstehe.

BEAT BORNHAUSER, GLP

Beat Bornhauser, GLP, Mitglied des Stadtparlamentes, erachte die Symbolik ebenfalls als falsch, und die Gründe dafür seien dieselben, wie sie bereits genannt worden seien.

Nachdem Simon Binder eine Anregung an den Stadtrat gestellt habe, wolle er zusätzlich noch eine weitere Anregung einbringen.

Er schlägt vor, man solle künftig auf Wein und Alkohol an den Apéros verzichten. Er begründet, der Nationalrat habe soeben zusätzliche 50 Millionen Franken für die Weinbauern gesprochen, weshalb es seiner Ansicht nach nicht notwendig sei, dass man hier zusätzlich für Absatz sorge.

STADTRATPRÄSIDENT MARCO NUZZI, FDP

Stadtpräsident, Marco Nuzzi, FDP, begrüsst ausdrücklich Alt-Stadtpräsident Ueli Müller. Er gönne ihm die Popularität und fügt hinzu, er vermisse ihn bisweilen bei den Sitzungen des Stadtrates.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

Im Grunde sei die Sache relativ simpel. Man habe vorausschauend gehandelt, denn der Stadtrat habe bereits selbst eine Sparmassnahme in seinem Budget vorgesehen, konkret bei den eigenen Entschädigungen. Dabei handle es sich um eine fünfprozentige freie Quote, die der Stadtrat gestrichen habe, was ebenfalls eine Sparmassnahme darstelle. Diese fünf Prozent entsprächen rund 10'000 Franken und damit etwa zwei Prozent der Grundentschädigung des Stadtrates.

Er hält fest, damit habe der Stadtrat seinen Beitrag bereits geleistet. Gleichzeitig betont er, dies solle in keiner Weise als Ansporn oder Erwartung verstanden werden, dass das Parlament nun ebenfalls «mitziehen» solle im Sinne der Opfersymmetrie. Eine solche Erwartung bestehe ausdrücklich nicht.

ABSTIMMUNG

Das Stadtparlament nimmt den Antrag der Geschäftsleitung mit 18 : 14 Stimmen an.

DISSKUSSION
zu 3170.00/1002 Reisekosten und Spesen

VOTEN MITGLIEDER STADTPARLAMENT
ANNINA ANNAHEIM, SP

Annina Annaheim, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, stellt fest, jetzt stünden noch Trinkwasser, Geschenke und ein Parlamentsausflug zur Debatte, aber man solle eines nach dem anderen behandeln. Sie finde, es sei sicher nicht übertrieben zu verlangen, dass diejenigen, die Durst hätten, eigene Wasserflaschen mitnehmen würden; dies werde andernorts ebenfalls so gehandhabt.

Zu den Geschenken halte sie fest, im Antrag stehe, diese Anerkennung falle ohnehin sehr geringfügig aus und könne deshalb gut weggelassen werden. Dazu mache sie zuerst eine kurze Rechnungsüberlegung: Gemäss Antrag liessen sich jährlich 2'000 Franken einsparen. Bei Geschenken im Wert von 100 Franken müssten also jedes Jahr 20 Mitglieder das Parlament verlassen. Sie habe dies überschlagen und komme für die ganze Legislatur 2022 bis 2026 auf etwa 14 Personen; das ergebe 1'400 Franken in vier Jahren und nicht 8'000 Franken, wie im Antrag postuliert werde.

Für sie werde dabei vor allem völlig missachtet, dass es neben der materiellen Anerkennung auch eine viel Wichtigere gebe, nämlich die symbolische Anerkennung, und genau darum gehe es hier. Kein Sportverein und keine Waldspielgruppe verabschiede langjährige Leiterinnen und Leiter einfach mit einem feuchten Händedruck und einem Dankeschön. Diese 100 oder 150 Franken seien zwar reine Symbolik und keine echte materielle Entschädigung für vier oder zehn Jahre Parlamentsarbeit, aber eben genau diese Symbolik sei wichtig. Ein solches Geschenk in Form eines Gegenstands oder Gutscheins erinnere auch Jahre später an diese Zeit. Sie persönlich habe ihre Pfadi-Urkunde aus der Zeit als Wölfchenleiterin bis heute und sei sehr froh, dass man diese Anerkennung damals nicht weggespart habe.

Zum Parlamentsausflug erklärt sie weiter, alles werde teurer, nur der Parlamentsausflug solle nun günstiger werden. Dieser sei seit über zehn Jahren mit 10'000 Franken budgetiert gewesen, und nun solle er plötzlich noch weniger kosten. Wenn schon, müsste man diesen Betrag an die Teuerung anpassen, so weit gehe man aber nicht. Hier zu sparen sei für sie Sparen am falschen Ort. Alternativ

solle man ehrlich sein und sagen, man wolle gar keine Ausflüge mehr durchführen. Wenn man so weitermache, gehe man künftig am Nachmittag in die Badi in Bisikon und am Abend in Örmis Cervelat bräteln; das Schlechtwetterprogramm sei dasselbe mit Regenschirm.

Einen Ausflug, der diesen Namen auch verdiene, könne man so vergessen, denn das Geld reiche entweder für das Bahnticket oder für das Essen, aber nicht für beides. Eine Aktivität am Zielort falle damit ebenfalls weg. Mit weniger Geld werde der Anlass weder Fisch noch Vogel, sondern bleibe halbherzig. Dann bleibe man konsequenterweise gleich in der Stadt und gehe nur noch gemeinsam essen. Das wäre aus ihrer Sicht ein ehrlicherer Antrag als eine Reduktion, die faktisch zum gleichen Ergebnis führe.

Damit verpasse man genau das, was alle Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten immer wieder betonten: wie wichtig der Austausch untereinander sei. Der Parlamentsausflug biete genau dafür Raum. Wenn man hier spare, gebe es bald kein Programm mehr, das für einen ganzen Abend reiche.

Zusammenfassend hält sie fest, man liege bei den Entschädigungen ohnehin schon tief, der Zusammenhalt bröckle, und nun solle nochmals gespart werden, ohne zu merken, dass dieser Zusammenhalt dadurch weiter geschwächt werde. Das könne sie nicht vertreten.

SIMON BINDER, SVP

Simon Binder, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes, meint sich zu erinnern, dass es sich beim Geschenk um rund 150 Franken für zum Beispiel einen Galaxus-Gutschein handle. Er merkt an, auch er freue sich grundsätzlich über einen Gutschein, dennoch habe man damals befunden, die politische Arbeit sei durch die Sitzungsgelder bereits abgegolten. Es brauche daher beim Ausscheiden aus dem Parlament nicht zwingend zusätzlich einen Gutschein. Er fügt hinzu, man könne sich davon zwar beispielsweise Handyhüllen kaufen, bezweifle jedoch, ob ein solcher Gutschein dreissig Jahre später noch eine bleibende Bedeutung habe oder sinnbildlich «über dem Nachttischchen hänge».

Zum zweiten Punkt, dem Parlamentsausflug, führt er aus, mit einem Betrag von 8'000 Franken lasse sich bei entsprechendem Augenmass durchaus ein schöner Ausflug gestalten. Er habe beim diesjährigen Parlamentsausflug das Budget deutlich unterschritten und glaube nicht, dass dabei jemand hungrig geblieben sei. Insofern betont er, handle es sich letztlich um eine Frage des Umfangs und der Erwartungen an einen Parlamentsausflug.

Er erklärt, es sei in seinen Augen durchaus schön, wenn man gemeinsam essen gehe, vielleicht noch kurz etwas besichtige, und dass dies kein grosses Fest sein müsse. Man könne zwar mit 5'000 Franken eine schöne Feier organisieren, ebenso aber mit 20'000 Franken. Entscheidend sei für ihn jedoch nicht die Höhe des eingesetzten Geldes, sondern dass die Teilnehmenden eine gute Zeit miteinander hätten. Das Geld stehe dabei nicht im Vordergrund.

ABSTIMMUNG

Das Stadtparlament nimmt den Antrag der Geschäftsleitung mit 25 : 8 Stimmen an.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

4 DETAILBERATUNG INVESTITIONSRECHNUNG / ANTRÄGE RPK

RESSORT / KONTO	BEZEICHNUNG	BETRAG	ANTRAG
Hochbau 4200.5040.028	APZB – Ersatz Beleuchtung	Fr. 550'000.-	Setzung Sperrvermerk. Bereits in den letzten Jahren sind immer wieder grössere Ausgaben getätigt worden für Sanierungen rund um die Beleuchtung im APZB. Wieder werden grössere Beträge für die Sanierung der Beleuchtung eingestellt, ein erster davon für das Jahr 2026. Ohne eine genaue Einsicht, welche Sanierung dafür geplant sind, sehen die Antragssteller mit einem Sperrkredit die Möglichkeit, die genauen Details er erfahren. Mit einem Sperrvermerk wird der Betrag nicht storniert, sondern eine Aufsichtsmöglichkeitspflicht des Parlaments genutzt (vgl. dazu auch den letztjährigen Beschluss des Stadtparlamentes).
Hochbau 4100.5040.045	Bau Parkleitsystem rund um das Sportzentrum	Fr. 60'000	Streichung. Die Planung sowie die Umsetzung eines Parkleitsystems beim Sportzentrum sehen die Antragssteller kein Mehrwert. Einen entsprechenden Mehrwert wird in diesem Parkleitsystem nicht gesehen, einerseits, da die 3 Parkzonen nicht zu jeder Zeit vollumfänglich zur Verfügung stehen. Vor allem die Zone P3 welche auf der Festwiese angedacht ist, ist lediglich für Veranstaltungen nutzbar. Und an solchen Anlässen ist ein Verkehrskonzept sowie Personal für eine Verkehrslenkung fast ein Muss. Andererseits sind die Parkplätze am Strassenrand nicht in diesem Parkleitsystem angedacht oder überhaupt umsetzbar. Somit würde trotz der vollen Parkplätze der Verkehr weiter umherfahren in der Hoffnung auf einen freien Platz. Aus diesen Gründen sehen die Antragssteller eine Umsetzung dieses Baus als unnötig und zu kostspielige Ausgabe, welche nicht als notwendig erachtet wird.

DISKUSSION
zu 4200.5040.028 APZB – Ersatz Beleuchtung

PRÄSIDENT RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION
THOMAS HILDEBRAND, FDP

Thomas Hildebrand, FDP, Präsident der Rechnungsprüfungskommission, hält fest, der erste Antrag betreffe einen Sperrvermerk. Es sei so, dass das Alterszentrum bereits im letzten Jahr eine ähnliche Situation gehabt habe, die ebenfalls mit einem Sperrvermerk versehen gewesen sei. In jenem Zusammenhang habe der Stadtrat 50'000 Franken in eigener Kompetenz für die Planung ausgelöst, während ein restlicher Teil noch hängig geblieben sei.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

Im vorliegenden Fall gehe es um die Ersatzbeleuchtung. Einstimmig sei die RPK der Meinung, hierbei einen Sperrvermerk zu setzen. Das bedeute, dass der Stadtrat diese Kosten so nicht investieren könne. Er müsse diese entweder in eigener Kompetenz übernehmen, beim Bezirksrat einen Antrag auf Aufhebung stellen oder einen entsprechenden Antrag ins Parlament einbringen.

Der Grund dafür sei, dass die RPK gerne besser verstehen möchte, was im Gesamtpaket von rund 500'000 Franken für den Ersatz dieser Beleuchtung konkret enthalten sei.

STADTRÄTIN ROSMARIE QUADRANTI, MITTE

Stadträtin Rosmarie Quadranti, Mitte, Ressort Hochbau, wolle lediglich eine Bemerkung machen. Man erachte es seitens des Stadtrates nach wie vor als eine gebundene Ausgabe, und deshalb habe man sie auch ins Budget aufgenommen; das solle an dieser Stelle nochmals klar festgehalten werden.

Sie fügt eine zweite Bemerkung an und erklärt, je länger, je mehr Anlagen das Ende ihres Lebenszyklus erreichten, werde es zwangsläufig vermehrt zu gebundenen Ausgaben kommen.

Zur Beleuchtung empfehle sie, man solle einfach einmal ins Alters- und Pflegezentrum gehen und sich vor Ort anschauen, wie es dort leuchte; dann werde auch die Höhe des Betrags nachvollziehbar.

Abschliessend halte sie fest, selbstverständlich gehe man nicht über den Bezirksrat, sondern man könne die Situation auf anderem Weg lösen.

MARKUS ANNAHEIM, SP

Markus Annaheim, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, bittet um Klärung zu seinem Verständnis. Man könne es vielleicht so sagen: Solange der Stadtrat eine Ausgabe als gebundene Ausgabe deklariere, könne man hier im Parlament ein Tänzchen aufführen, so viel man wolle, das würde nichts ändern.

Er erinnert daran, dass dieselbe Thematik bereits beim Schulhaus Watt bestanden habe, nämlich ebenfalls im Zusammenhang mit einer gebundenen Ausgabe. Man könne dies höchstens zur Kenntnis nehmen, wenn der Stadtrat dies als gebundene Ausgabe betrachte. Er fragt, ob er dies falsch sehe.

STADTRÄTIN ROSMARIE QUADRANTI, MITTE

Stadträtin Rosmarie Quadranti, Mitte, Ressort Hochbau, erklärt, sie konnte dies noch kurz mit Peter Wettstein, Stadtschreiber, abklären. Ihr vorheriges Votum sei der Versuch gewesen, das Parlament davon abzubringen, hier einen Sperrvermerk anzubringen. Wenn der Sperrvermerk dennoch gesetzt werde, bestehe die Möglichkeit, dass man das Geschäft vor das Parlament bringe oder beim Bezirksrat die Aufhebung dieses Sperrvermerks beantrage.

Sie habe lediglich festhalten wollen, dass der Stadtrat die Ausgabe als gebundene Ausgabe erachte, weil es sich um eine notwendige Ausgabe handle. Sie halte fest, dass, falls der Sperrbezirk…(*Gelächter*) Sperrvermerk bestehen bleibe, der Stadtrat mit dem entsprechenden Geschäft an das Parlament gelangen werde.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

ABSTIMMUNG

Das Stadtparlament nimmt den Antrag der Rechnungsprüfungskommission grossmehrheitlich an.

DISKUSSION
zu 4100.5040.045 BAU PARKLEITSYSTEM RUND UM DAS SPORTZENTRUM

PRÄSIDENT RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION
THOMAS HILDEBRAND, FDP

Thomas Hildebrand, FDP, Präsident der Rechnungsprüfungskommission, zieht eine Analogie zum letztjährigen Budget. Im letzten Budget habe es ebenfalls einen Antrag für ein Parkleitsystem im Zentrum von Effretikon gegeben. Die RPK habe damals Fragen gestellt, worauf der Stadtrat diesen Antrag von sich aus zurückgezogen habe.

Dieses Mal handle es sich um ein Parkleitsystem im Eselriet beim Sportzentrum. Auch hier habe die RPK erneut Fragen gestellt. Die RPK sei am Schluss zur Auffassung gelangt, dass diese Massnahme nicht notwendig sei, und beantrage deshalb einstimmig diesen Streichungsantrag.

STADTRÄTIN ROSMARIE QUADRANTI, MITTE

Stadträtin Rosmarie Quadranti, Mitte, Ressort Hochbau, erklärt, der Stadtrat habe sich dazu schon Gedanken gemacht. Er habe den Eindruck, dass es – gerade weil es auch im Gebiet der Schule sei und weil es sich um einen Bereich handle, in dem viel Betrieb herrsche – einen Vorteil hätte, wenn dort ein Parkleitsystem eingesetzt würde. Das sei allen bekannt, die sich in diesem Gebiet aufhielten und wüssten, welche Anlässe dort stattfänden und was dort jeweils ablaufe.

Sie betont, es gehe nicht darum, ein Parkleitsystem aus einer Laune heraus oder aus Spass einzuführen, sondern weil man den klaren Eindruck habe, dass ein solches System gerade rund um das Sportzentrum sinnvoll und positiv wäre. Sie ergänzt, ein Parkleitsystem wäre zudem voraussichtlich auch eine Entlastung für die Vereine, wenn es in diesem Bereich vorhanden wäre.

LUC JACQUAT, SVP

Luc Jacquat, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes, bedankt sich für die Erläuterung bei Stadträtin Rosmarie Quadranti und hält fest, gemäss dem Antrag sei das Parkleitsystem für drei Parkplätze vorgesehen, nämlich für die Parkplätze 1, 2 und 3. Dabei handle es sich um den Festwiesenparkplatz, den Lehrparkplatz und den Sportzentrumsparkplatz.

Er erklärt, aus seiner Sicht und wohl auch aus der Sicht der meisten Anwesenden werde ein Parkleitsystem weder bei Vereinsanlässen noch bei Freizeitanlässen eine wirkliche Entlastung bringen. Er begründet

dies mit zwei Punkten. Erstens würden die Parkplätze entlang der Strasse nicht erfasst, was bedeute, dass der Suchverkehr unverändert bestehen bleibe und weiterhin Fahrzeuge auf der Suche nach Parkplätzen hin- und herfahren würden.

Zweitens organisiere er selbst regelmässig Anlässe für den Turnverein. Dabei müsse jeder Anlass ein Verkehrskonzept vorlegen, oftmals ergänzt durch Verkehrskadetten oder vereinseigene Helferinnen und Helfer. In solchen Fällen müssten so oder so eigene Mittel eingesetzt werden. Er betont daher, dass ein Parkleitsystem aus seiner Sicht auch in diesem Zusammenhang nur einen sehr geringen Nutzen bringe.

DOMINIK MÜHLEBACH, SP

Dominik Mühlebach, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, sei grundsätzlich ebenfalls für diesen Antrag, wie ersichtlich sei, da dazu in der RPK Einstimmigkeit herrsche.

Er führt weiter aus, Rosmarie Quadranti habe trotzdem betont, es gebe Vorteile des Parkleitsystems, insbesondere auch Vorteile für die Vereine. Dies reiche seines Erachtens nicht aus, um dem Antrag zustimmen zu können. Er wolle ihr gerne noch einmal die Gelegenheit geben, ausführlich darzulegen, weshalb diese Vorteile aus ihrer Sicht tatsächlich gegeben seien.

STADTRÄTIN ROSMARIE QUADRANTI, MITTE

Stadträtin Rosmarie Quadranti, Mitte, Ressort Hochbau, hält fest, es sei die Betrachtungsweise des Stadtrates gewesen, dass ein solches System vereinfachend wirken könne. Sie räumt ein, es sei inzwischen ein wenig ein Kampf gegen Windmühlen, wie man so berühmt sage, und ein weiterer Verteidigungsversuch erscheine ihr kaum zielführend.

Sie betont, es sei offenbar einstimmig, und sie habe lediglich darlegen wollen, dass entsprechende Überlegungen gemacht worden seien und man den Eindruck gehabt habe, ein solches Vorgehen könne erleichternd wirken. Insbesondere für die Vereine sei dies aus ihrer Sicht eine Erleichterung, da das Verkehrskonzept, das weiterhin eingereicht werden müsse, dadurch vermutlich einfacher zu erstellen wäre.

ABSTIMMUNG

Das Stadtparlament nimmt den Antrag der Rechnungsprüfungskommission einstimmig an.

---

5 BERATUNG DER ERFOLGSRECHNUNG DURCH DAS PLENUM

In Umsetzung der durch das Parlament eingangs gutgeheissener Vorgehensweise, wonach die Behandlungsreihenfolge nun die Beratung der übrigen Positionen der Erfolgsrechnung durch das Plenum vorsieht, leitet der Parlamentspräsident die entsprechende Detailberatung ein.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

Er stellt die Frage, ob überhaupt etwelche Anträge gestellt werden. Dies wird nicht angezeigt.

Wo einzelne Positionen in der folgenden Protokollierung nicht erwähnt werden, erging auch keine Diskussion bzw. keine Antragstellung. Die Positionen wurden in diesem Sinne stillschweigend genehmigt und werden im Folgenden nicht gesondert protokolliert oder abgebildet.

---

6 BERATUNG DER INVESTITIONSRECHNUNG DURCH DAS PLENUM

In Umsetzung des durch das Parlament eingangs gutgeheissenen Vorgehens, wonach die Behandlungsreihenfolge nun die Beratung der übrigen Positionen der Investitionsrechnung durch das Plenum vorsieht, leitet der Parlamentspräsident die entsprechende Detailberatung ein.

Er stellt die Frage, ob überhaupt etwelche Anträge gestellt werden. Dies wird nicht angezeigt.

Wo einzelne Positionen in der folgenden Protokollierung nicht erwähnt werden, erging auch keine Diskussion bzw. keine Antragstellung. Die Positionen wurden in diesem Sinne stillschweigend genehmigt und werden im Folgenden nicht gesondert protokolliert oder abgebildet.

---

7 BERATUNG DER ABSCHREIBUNGSTABELLEN

Ausser der Bemerkung *des Parlamentspräsidenten,* wonach aufgrund der befolgten Beschlüsse sich nun auch das nachfolgende Zahlenmaterial entsprechend ändert, folgt keine weitere Diskussion zur Abschreibungstabelle.

---

8 BERATUNG DER VERPFLICHTUNGSKREDITKONTROLLE

Ausser der Bemerkung *des Parlamentspräsidenten,* wonach aufgrund der befolgten Beschlüsse sich nun auch das nachfolgende Zahlenmaterial entsprechend ändert, folgt keine weitere Diskussion zur Verpflichtungskreditkontrolle.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

9 ZWISCHENABSTIMMUNG ZUM BUDGET

DAS STADTPARLAMENT

gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von Art. 21 Ziff. 2 der Gemeindeordnung

BESCHLIESST:

Das Budget 2026 wird unter Berücksichtigung sämtlicher vorstehend beschlossenen Änderungen gegenüber der beantragten Fassung des Stadtrates vom 2. Oktober 2025 genehmigt.

Der Beschluss kommt mit Einstimmigkeit zu Stande.

10 DISKUSSION ZUM STEUERFUSS

Namens der Rechnungsprüfungskommission gibt deren *Präsident, Thomas Hildebrand,* bekannt, dass eine Kommissionsmehrheit den Steuerfuss auf 113 % gemäss dem stadträtlichen Antrag festsetzen möchte und eine RPK-Minderheit diesen auf 115 % erhöhen möchte.

Thomas Hildebrand erklärt zudem, weshalb aus Sicht einer RPK-Mehrheit am Steuerfuss von 113 % festzuhalten sei. Er verweist zunächst darauf, dass die finanzpolitischen Ziele des Budgets 2026 dadurch nicht verletzt würden. Bei entsprechender Betrachtung seien sämtliche relevanten Vorgaben eingehalten. Im Unterschied zum Kanton werde der Steuerfuss auf kommunaler Ebene jährlich festgelegt und nicht für zwei Jahre im Voraus, weshalb sich die Beurteilung folgerichtig auf das kommende Jahr beschränke.

Weiter verweist er auf die Planungssicherheit. Der Stadtrat habe wiederholt betont, dass sowohl für Unternehmen als auch für Privatpersonen eine stabile steuerliche Perspektive wichtig sei. Man wolle den Steuerfuss, wenn möglich, für mehr als ein Jahr festlegen, idealerweise für zwei bis drei Jahre, und an diesem Grundsatz solle festgehalten werden.

Als dritten Punkt nennt er die Opfersymmetrie. Bereits im Vorjahr sei der Steuerfuss von 110 auf 113 Prozent erhöht worden. In diesem Jahr sei zusätzlich ein Sparpaket beantragt und vom Parlament genehmigt worden. In der Gesamtabwägung ergebe sich damit eine ausgewogene Kombination aus Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen. Diese Balance rechtfertige es, den Steuerfuss unverändert bei 113 Prozent zu belassen.

Abschliessend hält er fest, diese Überlegungen führten zur Empfehlung, den Steuerfuss bei 113 Prozent zu belassen. Er lädt dazu ein, den Antrag des Stadtrates sowie jenen der RPK-Mehrheit zu unterstützen, und erklärt, dass auch die FDP/JLIE-Fraktion dem Steuerfuss von 113 Prozent zustimmen werde.

RPK-MINDERHEIT
MARKUS ANNAHEIM, SP

Markus Annaheim, SP, Mitglied der Rechnungsprüfungskommission, erklärt, er dürfe den Minderheitsantrag vertreten, wonach der Steuerfuss auf 115 Prozent erhöht werden solle. Er verweist darauf, dass

die Argumente im Antrag bereits ausführlich dargelegt seien und sich in den vergangenen Jahren kaum verändert hätten, ebenso wie sich die Rahmenbedingungen in Illnau-Effretikon nicht grundlegend verändert hätten. Dennoch erlaube er sich, einzelne Punkte zu erläutern und zu ergänzen.

Er führt aus, der aktuelle Cashflow würde theoretisch ausreichen, um die bestehenden Schulden in rund zehn Jahren abzubauen. Dieser Cashflow sei dieses Jahr ausserordentlich hoch, weil der Ressourcenausgleich in diesem Jahr ausserordentlich ausgefallen sei. Zudem setze diese Rechnung voraus, dass keinerlei zusätzliche Investitionen getätigt würden, also weder zurückhaltend noch minimal, sondern gar nicht. Dies sei aus seiner Sicht unrealistisch. Er verweist darauf, dass im Finanz- und Aufgabenplan bereits zahlreiche Projekte angestossen oder in Vorbereitung seien, woraus in den kommenden fünf bis acht Jahren Investitionen von rund 50 Millionen Franken resultierten. Diese Investitionen seien keine Wunschprojekte, sondern notwendige Erneuerungen, Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen der bestehenden Infrastruktur.

Er erklärt, dass aus Sicht der RPK-Minderheit insbesondere die Investitionen und Verschuldung. Die demografische Entwicklung sowie künftige Steuerausfälle, etwa im Zusammenhang mit der Abschaffung des Eigenmietwerts, müssten berücksichtigt werden. Vor diesem Hintergrund leiste sich die Stadt weiterhin historisch tiefe Steuern. Er habe den Steuerfuss der letzten fünfzig Jahre analysiert und komme zum Schluss, dass es in diesem Zeitraum nie so tiefe Steuern über eine so lange Dauer gegeben habe. Die damaligen Steuersenkungen bezeichnet er rückblickend als einen kapitalen Fehler.

Er sei sich bewusst, dass es in der Zwischenzeit auch Steuerreformen und Anpassungen gegeben habe. Doch das Muster, welches man erkennt, sei klar. Er verweist darauf, dass frühere Generationen Investitionen und Verschuldung enger miteinander verknüpft hätten. Sie hätten Schulden nicht einfach weitergegeben, sondern auch wieder abgebaut und gleichzeitig Vermögen aufgebaut. Heute hingegen werde argumentiert, künftige Generationen könnten die Infrastruktur ja ebenfalls nutzen, obwohl auch sie mit neuen Herausforderungen sowie weiterem Ersatz- und Renovationsbedarf konfrontiert seien.

Er führt weiter aus, wer glaube, der Cashflow lasse sich allein durch Sparen erhöhen, verkenne den begrenzten Handlungsspielraum erheblich. Über lediglich rund ein Viertel des Budgets, etwa 37 bis 40 Millionen Franken, könne überhaupt frei entschieden werden. Wer weitere Sparmassnahmen fordere, solle deshalb offen darlegen, auf welche Leistungen die Bevölkerung künftig verzichten solle, und entsprechende konkrete Anträge stellen, statt indirekt über das Budget zu kürzen.

Zudem kritisiert er Bestrebungen, Schulden durch den Verkauf von Grundstücken abzubauen. Er erklärt, dies bedeute, das Tafelsilber vergangener Generationen zu veräussern, um kurzfristig finanzielle Entlastung zu schaffen, während der fehlende Handlungsspielraum an künftige Generationen weitergegeben werde. Dies entspreche weder seinem persönlichen noch dem politischen Wertekompass seiner Fraktion.

Er schliesst daraus, dass die Rückkehr zum früheren Steuerfuss von 115 Prozent aus seiner Sicht das absolute Minimum darstelle. Weitere Erhöhungen seien mittelfristig absehbar, was implizit bereits durch Stadtrat Philipp Wespi aufgezeigt worden sei. Er betont, er wolle Probleme nicht aussitzen oder auf wundersame Lösungen hoffen, sondern Verantwortung im Hier und Jetzt übernehmen, so wie es frühere Generationen getan hätten.

Abschliessend beantragt er im Namen der SP-Fraktion sowie der Grünen, den Steuerfuss auf 115 Prozent festzulegen.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

VOTEN AUS DER RPK ZUM STEUERFUSS
ARIE BRUININK, GRÜNE

Arie Bruinink, Grüne, Mitglied der Rechnungsprüfungskommission, erklärt, die zusätzlichen 2 Steuerprozente würden 1'290'000 Franken einbringen, was die Stadt gut gebrauchen könne. Bereits im Jahr 2022 habe sich gezeigt, dass sich diese Mehrbelastung kaum spürbar auswirke, und an der Verteilung der Steuerpflichtigen in der Gemeinde habe sich seither ebenfalls wenig verändert. Für eine durchschnittliche Familie betrage die Mehrbelastung rund 25 Franken pro Jahr, erst bei deutlich höheren Einkommen würde es wirklich ins Gewicht fallen. Personen mit entsprechend hohen Einkommen verfügten in der Regel ohnehin über ausreichende finanzielle Mittel. Faktisch sei die zusätzliche Belastung für untere und mittlere Einkommensklassen gering.

Er führt weiter aus, für die Familie Median mache e kaum einen Unterschied. In Verbindung mit den verschiedenen Prognosemodellen zeige sich zudem ein Effekt von rund 2.4 Steuerprozenten, was aus seiner Sicht bereits für sich genommen ein ausreichender Grund sei, den Steuerfuss auf 115 Prozent anzuheben. Damit sei die Argumentation jedoch noch nicht abgeschlossen.

Er verweist auf die bereits präsentierte Grafik zur Selbstfinanzierung. Im sogenannten grünen Bereich finde ein Schuldenabbau statt, während im blauen Bereich die Selbstfinanzierung tiefer sei als die getätigten oder geplanten Investitionen, was zu einem Schuldenaufbau führe. Genau diese Situation zeige sich auch für die Zukunft.

Er erläutert, er habe die Zahlen ab dem Jahr 2016, also seit seinem Eintritt ins Stadtparlament, bis ins Jahr 2031 zusammengetragen. Die Summe der geplanten Selbstfinanzierungen betrage in diesem Zeitraum rund 209 Millionen Franken (ohne den Verkauf des Grendelbach Areals, da dieser noch unklar sei). Dies entspreche einer durchschnittlichen Selbstfinanzierung von 13.1 Millionen Franken pro Jahr. Demgegenüber stünden Investitionsausgaben von insgesamt 253 Millionen Franken, was einem Durchschnitt von 15.8 Millionen Franken pro Jahr entspreche. Daraus resultiere eine Differenz von rund 44 Millionen Franken, beziehungsweise 2.8 Millionen Franken pro Jahr. Ein Steuerprozent entspreche etwa 0.64 Millionen Franken, was rechnerisch rund 4.3 Steuerprozente ausmache. Rein rechnerisch müsste der Steuerfuss daher nicht nur auf 115, sondern eher auf 117 oder sogar 118 Prozent angehoben werden.

Er stellt fest, der Selbstfinanzierungsgrad betrage über diese Periode rund 83 Prozent. Zwar liege dieser Wert formal im Zielbereich, wonach der Selbstfinanzierungsgrad über zehn Jahre mehr als 80 Prozent betragen solle, faktisch bedeute dies jedoch, dass jährlich rund 17 Prozent der Investitionen fremdfinanziert würden. Damit würden kontinuierlich neue Schulden aufgebaut, obwohl aus seiner Sicht eigentlich ein Schuldenabbau angezeigt wäre.

Er verweist darauf, dass die langfristigen Schulden Ende Jahr bei rund 95 Millionen Franken liegen würden, und es nicht wünschenswert sei, dass dieser Betrag weiter ansteige. Die künftige Zinsentwicklung sei zudem unsicher; auch wenn die Zinsen aktuell tief seien, habe es in der Vergangenheit Zinssätze von 4 bis 7 Prozent gegeben.

Weiter spricht er zusätzliche Unsicherheiten an: den unklaren Ausgang der Abstimmung Pro Grendelbach und die Frage, ob tatsächlich rund 15 Millionen Franken realisiert werden könnten; die geplante Abschaffung des Eigenmietwerts, welche schätzungsweise zu jährlichen Steuerausfällen von 2.5 Millionen Franken führen würde, was rund 3.9 Steuerprozenten entspreche; sowie geopolitische Risiken, insbesondere den Krieg in der Ukraine. Sollte sich die Lage weiter zuspitzen, könnten zusätzliche

Flüchtlingsbewegungen entstehen, was wiederum Investitionen in Wohnraum erforderlich mache. Bereits heute seien Investitionen von rund 8 Millionen Franken aufgeschoben worden, die langfristig dennoch notwendig würden.

Er fasst zusammen, allein zur Stabilisierung der Verschuldung wären jährlich rund 4.3 Steuerprozente erforderlich; kämen die erwarteten Steuerausfälle hinzu, erhöhe sich dieser Bedarf weiter. Vor diesem Hintergrund bezeichnet er einen Steuerfuss von 113 Prozent als Wunschdenken. Realistisch betrachtet müsse der Steuerfuss mindestens auf 115 Prozent angehoben werden. Die Zahlen zeigten zudem klar, dass selbst dieser Wert langfristig möglicherweise noch nicht ausreiche.

SIMON BINDER, SVP

Simon Binder, SVP, Mitglied der Rechnungsprüfungskommission, erklärt, der Steuerfuss sei – wie auch in der RPK-Debatte mehrfach deutlich geworden sei – letztlich eine Glaubensfrage. Über die Fakten bestehe jedoch Einigkeit: Die Verschuldung nehme rasant zu, und in den kommenden Jahren kratze man an der Schuldenbremse. Daraus ergäben sich unterschiedliche Handlungsoptionen. Man könne die Steuern erhöhen, was er grundsätzlich nicht bestreite, man könne aber ebenso Einsparungen vornehmen oder zumindest das starke Ausgabenwachstum bremsen.

Er merkt an, es erscheine ihm widersprüchlich, dass in den vergangenen drei Stunden der Debatte praktisch sämtliche Sparbemühungen von linker Seite torpediert worden seien, als könne es nicht genug kosten, während nun in der letzten Dispositivziffer plötzlich jedes zusätzliche Schuldenfranken als Tragödie dargestellt werde. Dies zeuge von einem unterschiedlichen Massstab im Umgang mit Schulden. Schulden könnten je nach Kontext als gut oder schlecht bewertet werden.

Er verweist darauf, dass bei Mehrausgaben in der Vergangenheit – etwa beim Kauf neuer Liegenschaften oder von Waldparzellen – stets argumentiert worden sei, Geld sei billig, die Zinsen lägen bei rund einem Prozent, und man müsse jetzt zuschlagen. Umso perplexer sei er nun, dass plötzlich gefordert werde, die rund 100 Millionen Franken Schulden müssten zwingend innert zehn Jahren abgebaut werden und dafür die Steuern mindestens massiv erhöht werden müssten.

Er hält fest, Schulden seien kurz- bis mittelfristig nicht per se schlecht. Ihnen stehe ein realer Gegenwert gegenüber. Künftige Generationen hätten zwar Schulden, aber gleichzeitig auch sanierte Schulhäuser wie das Schulhaus Watt, neue Kindergärten wie den Chelleracher, einen erweiterten Schulhauskomplex im Eselriet sowie einen neuen Werkhof. Diese Investitionen stellten bleibende Werte dar. Schulden seien im Übrigen auch aus dem privaten Bereich bekannt: Er selbst habe sein Eigenheim ebenfalls noch nicht abbezahlt und werde dies auch in zehn Jahren nicht vollständig getan haben, halte dies aber für vertretbar, da dem eine konkrete Gegenleistung in Form von Wohnraum gegenüberstehe.

Wichtig sei aus seiner Sicht, das Augenmass nicht zu verlieren. Sollten die Zinsen mittel- bis langfristig wieder steigen und etwa drei, vier oder fünf Prozent erreichen, müsse man reagieren und Rückzahlungen ermöglichen können. Derzeit sei diese Situation jedoch nicht gegeben.

Er kritisiert, dass aus dem linken politischen Lager zwar von mindestens 115 Prozent Steuerfuss gesprochen werde, auf die Frage nach einem idealen Steuerfuss jedoch keine klare Obergrenze genannt werde. Es entstehe der Eindruck, die Grenze nach oben sei offen. Häufig flüchte sich die Gegenseite dann in das Argument, man hätte die Steuern in früheren Jahren nie senken dürfen. Dem hält er entgegen, dass – wie Stefan Fässler treffend argumentiert habe – höhere Steuern in der Vergangenheit

nicht dazu geführt hätten, dass heute grosse finanzielle Reserven vorhanden wären. Vielmehr wären diese Mittel versickert: Es hätte an jeder Ecke neue Projekte, zusätzliche Ausgaben und noch weniger Sparbemühungen gegeben.

Er betont, es brauche einen gewissen finanzpolitischen Druck, damit Ausgabendisziplin entstehe. Dies sei menschlich: Stehe viel Geld zur Verfügung, sprudelten Ideen, und es werde schneller ausgegeben. Daraus folge jedoch nicht, dass man im Voraus möglichst viel Geld eintreiben solle, nur um es verfügbar zu haben.

Er verweist abschliessend auf das Budget 2026, das mit einem beachtlichen Überschuss abschliesse – nicht nur mit einer schwarzen Null, sondern mit einem einstelligen Millionenbetrag. In einer solchen Situation erscheine ihm eine Steuererhöhung als nicht begründbar. Sein finanzpolitischer Grundsatz laute daher: beim Sparen so früh wie nötig, bei Steuererhöhungen so spät wie möglich. Nur so lasse sich langfristig eine solide Finanzpolitik betreiben.

VOTEN AUS DEM PARLAMENT ZUM STEUERFUSS
ANNINA ANNAHEIM, SP

Annina Annaheim, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, erklärt, es könne aus ihrer Sicht nicht nur ein Entweder-oder geben, also entweder sparen oder die Steuern erhöhen. Sie sei nach wie vor der Ansicht, dass durchaus beides gleichzeitig möglich sei. Wenn von einem rasanten Ausgabenwachstum gesprochen werde, dann erwarte sie konkrete Anträge. Es genüge nicht, lediglich tiefere Steuern zu fordern und den Stadtrat aufzufordern, selbst Vorschläge zu machen. Vielmehr müsse aufgezeigt werden, woran konkret angesetzt werden solle.

Der SP-Fraktion werde vorgeworfen, sie fordere ständig neue Ausgaben. Sie erinnere Simon Binder, SVP, an sein letztes Postulat, dort war er es, der etwas gefordert habe. Auch sie stimme nicht immer allem zu. So habe sie etwa das Parkleitsystem abgelehnt. Der Kauf des Hauses an der Eschikerstrasse hingegen habe sich für die Stadt klar gelohnt. Damit erzielt die Stadt Mieteinnahmen, die ansonsten an private Investoren geflossen wären, und erreiche eine Rendite von rund 2.43 Prozent, was deutlich höher sei als die aktuellen Kapitalzinsen.

Bezüglich der Diskussion um die letzten Steuerprozente führt sie aus, Arie Bruinink, Grüne, habe aufgezeigt, dass eine Steuererhöhung von zwei Prozent für Normalverdienende den gleichen Effekt habe wie eine Sparmassnahme von 10'000 Franken, der Stadt jedoch rund 1.2 Millionen Franken einbringe. Vor diesem Hintergrund meint sie, es brauche kaum weitere Erläuterungen.

SIMONE WEGMANN, MITTE

Simone Wegmann, Mitte, Mitglied des Stadtparlamentes, führt aus, wie bereits zu Beginn der Debatte erwähnt worden sei, liege aktuell kein strukturelles Defizit vor. Mit den Investitionen der Stadt werde zudem ein Gegenwert geschaffen. Die Eindämmung des Kostenwachstums sei aus ihrer Sicht richtig und solle in künftigen Budgetrunden weiterverfolgt werden, idealerweise mit noch etwas mehr Mut.

Aus diesen Gründen erachte die Mitte-Fraktion eine Steuererhöhung auf Vorrat zum jetzigen Zeitpunkt als unnötig. Sie befürworte jedoch künftig eine schrittweise Erhöhung nach Bedarf. Entsprechend

folge die Mitte-Fraktion der Empfehlung des Stadtrates und unterstütze den unveränderten Steuerfuss von 113 Prozent.

STEFAN EICHENBERGER, FDP

Stefan Eichenberger, FDP, Mitglied des Stadtparlamentes, erklärt, er wolle sich kurzhalten und die bisherigen Argumente nicht wiederholen. Als er das erste Votum in der Eintretensdebatte von Dominik Mühlebach, SP, gehört habe, habe ihn dies an frühere Zeiten erinnert, an Fabian Molina, SP, der damals ähnlich aufgetreten sei. Er stellt fest, jener Ansatz habe jedoch keine eigentliche Fortsetzung gefunden; bei Fabian Molina sei dies seinerzeit konsequenter über sämtliche Themen hinweg erfolgt.

Er führt aus, die Wortmeldungen von Arie Bruinink, Grüne, und deren Präsentationen hätten ihn zwischenzeitlich etwas verwirrt, er wolle sich jedoch auf wenige zentrale Punkte beschränken. Er erinnert daran, dass im Jahr 2010, als er in dieses Parlament gewählt worden sei, ein Budget von rund 100 Millionen Franken diskutiert worden sei, während man heute bei rund 150 Millionen Franken liege. Daraus folge, dass sowohl Ausgaben als auch Einnahmen um rund 50 Prozent gewachsen seien; von einem Totsparen könne somit keine Rede sein.

Wenn der Stadtrat nun ein moderates Sparpaket vorlege, werden die Ausgaben um rund 1.5 Prozent gesenkt. Dies sei weit entfernt von einem Kahlschlag. Ein solches Vorgehen unterstütze die FDP selbstverständlich. Wenn vom Sparen die Rede sei, gehe es – wie Simon Binder, SVP, bereits ausgeführt habe – vor allem um das Bremsen des Ausgabenwachstums und kaum um einen Abbau von Leistungen.

Abschliessend betont er, die FDP trete seit jeher für einen stabilen Steuerfuss ein und lehne Steuererhöhungen auf Vorrat sowie unnötige Steuererhöhungen klar ab.

RALF ANTWEILER, GLP

Ralf Antweiler, GLP, Mitglied des Stadtparlamentes, erklärt, auch seine Fraktion vom politischen Zentrum habe sich diese Überlegungen ebenfalls gemacht (*Gelächter*). Es gebe – wie in der heutigen Debatte deutlich geworden sei – nachvollziehbare Gründe, den Steuerfuss auf dem aktuellen Niveau zu belassen, ihn zu senken oder ihn zu erhöhen. Alle drei Optionen hätten ihre jeweiligen Vor- und Nachteile. Einerseits werde die Stadt auch in Zukunft weiter investieren und investieren müssen, sowohl in bereits aufgegleiste Projekte als auch in schlicht notwendige Vorhaben.

Andererseits führt er aus, unterscheide sich das aktuelle Budget deutlich vom Vorjahr. Im vergangenen Jahr habe ein tiefer Cashflow vorgelegen, der unter den Abschreibungen gelegen sei, während heute von einem Cashflow von 11.2 Millionen Franken, einer Reduktion des Ausgabenwachstums sowie steigenden Einnahmen gesprochen werden könne. Dies habe dazu geführt, dass nun ein Budget vorliege, das er als gutes, ja als wünschenswertes Budget für eine Stadt dieser Grössenordnung bezeichne. Wenn es gelinge, langfristig einen Cashflow von 10 bis 15 Millionen Franken zu halten, könnten die anstehenden Investitionen getragen werden.

Er legt dar, diese Ausgangslage habe die GLP-Fraktion dazu bewogen, den Steuerfuss vorerst stabil bei 113 Prozent zu belassen. Man habe die Erhöhung im Vorjahr mitgetragen, und zusammen mit dem

beschlossenen Sparpaket folge man damit weiterhin dem eingeschlagenen Weg. Es sei berücksichtigt worden, dass im letzten Jahr bereits eine Erhöhung um drei Prozent erfolgt sei, womit beide Seiten – Sparen und Steueranpassung – ihren Beitrag geleistet hätten.

Er betont, der Steuerfuss sei kein Allheilmittel zur Lösung der Investitionsfrage. Selbst eine Erhöhung würde je nach Umfang lediglich Mehreinnahmen von ein bis zwei Millionen Franken pro Jahr bringen. Deshalb verstehe er den Steuerfuss eher als eine Stellschraube, die bei grösseren Schwankungen – etwa beim Ressourcenausgleich, bei der Grundstückgewinnsteuer oder bei starkem Ausgabenwachstum bei gleichzeitig sinkenden Steuereinnahmen – eingesetzt werden könne. Mit dem vorliegenden Budget bestehe aktuell jedoch kein akuter Korrekturbedarf, weshalb man bei 113 Prozent bleiben solle.

Abschliessend verweist er auf den wiederholt genannten Überschuss von rund 4.5 Millionen Franken. Dieser sei aus seiner Sicht kein stichhaltiges Argument gegen eine Steuerdiskussion. Die einzig relevante Grösse sei das Verhältnis von Cashflow zu Investitionen. Er warnt, das Parlament erweise sich selbst und der Bevölkerung einen Bärendienst, wenn weiterhin suggeriert werde, ein Rechnungsüberschuss allein schliesse eine Steueranpassung aus. Die entscheidende Messlatte sei vielmehr, wie viel Mittel für Investitionen zur Verfügung stünden und welches Verschuldungsniveau man bereit sei zu tragen – nicht der ausgewiesene Gewinn der Erfolgsrechnung.

MARKUS ANNAHEIM, SP

Für *Markus Annaheim, SP, Mitglied des Stadtparlamentes,* sei es bemerkenswert, wie heute argumentiert werde, wenn es um die künftig anfallenden Zinsen und deren Finanzierung gehe. Er verweist darauf, dass er dieses Thema bereits früher in der RPK eingebracht habe, damals im Zusammenhang mit der Diskussion um eine weitere Senkung des Steuerfusses. Damals habe er darauf hingewiesen, man müsse stets berücksichtigen, dass die Zinsen wieder steigen könnten. Daraufhin sei ihm entgegnet worden, man habe die Finanzkrise überwunden und profitiere von dauerhaft tiefen Zinsen. In diesem Zusammenhang sei argumentiert worden, es sei richtig, den Steuerfuss tief zu halten, gerade weil das Zinsniveau so niedrig sei. Dass dieses Argument nun plötzlich ins Gegenteil verkehrt werde, bezeichnet er als auffällig.

Er betont weiter, der SP-Fraktion sei sich durchaus bewusst, dass Investitionen an sich kein Problem darstellten. Sie möchten die Investitionen aktiv angehen, wenn es darum gehe, die Schulden zu senken. Hier verfolge man bewusst eine andere Vorgehensweise als in der Vergangenheit, eine Herangehensweise, die stärker auf eine langfristige Deckung und Stabilität ausgerichtet sei.

Er nimmt zudem Bezug auf den Vorwurf, es seien überrissene Forderungen gestellt worden. Er hält fest, er habe dies nachgerechnet, und es handle sich um rund 36'000 Franken bei einem Gesamtbudget von 149 Millionen Franken. Von ausufernden Beträgen könne daher keine Rede sein.

Weiter verweist er darauf, dass insbesondere von FDP und SVP regelmässig das Argument eines angeblich übermässigen Ausgabenwachstums vorgebracht werde, ein Argument, das auch von Economiesuisse immer wieder wiederholt werde. Er erinnert in diesem Zusammenhang an das Jahr 1984: Damals habe das Bruttoinlandprodukt der Schweiz rund 100 Milliarden Franken betragen, während das städtische Budget bei etwa 18 Millionen Franken gelegen habe, in einem vergleichbaren Verhältnis wie heute. Heute liege das Bruttoinlandprodukt bei über 900 Milliarden Franken, während das Budget rund 149 bis 150 Millionen Franken betrage. Dieses Wachstum verlaufe parallel zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und sei kein neues Phänomen, sondern eine Konstante der letzten vierzig Jahre.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

---

11 BEREINIGUNG DER ANTRÄGE ZUM STEUERFUSS

Abstimmungen erfolgen gemäss Art. 78 ff. der Geschäftsordnung des Stadtparlamentes. Insbesondere sei auf das Vorgehen für den Fall hingewiesen, sollten zu einer Sache oder Position mehr als zwei gleichrangige Änderungsanträge vorliegen. Art. 78 der Geschäftsordnung regelt die diesbezügliche Handhabung wie folgt:

Art. 78	[4] Liegen mehr als zwei gleichgeordnete Änderungs- oder Hauptanträge vor, werden sie nebeneinander zur Abstimmung gebracht, wobei jedes Ratsmitglied nur für einen Antrag stimmen kann. Der Antrag mit den wenigsten Stimmen scheidet aus. Das Verfahren wird wiederholt, bis nur noch ein Antrag verbleibt. Über diesen wird in der Schlussabstimmung abgestimmt.	Gleichgeordnete Anträge

GEGNÜBERSTELLUNG

In der Ausmehrung vereinigt
der Antrag auf 115 % 9 Stimmen und
der Antrag auf 113 % 25 Stimmen auf sich.

Somit obsiegt der Antrag auf 113 %.

---

12 ENDRESULTAT / FESTSETZUNG

DAS STADTPARLAMENT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von Art. 21 Ziff. 2 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

Der Steuerfuss wird für das Jahr 2026 auf 113 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Der Beschluss kam im Bereinigungsverfahren mit 9 : 25 Stimmen zu Stande.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

13 ANTRÄGE ZUR EINLAGE IN DIE FINANZPOLITISCHE RESERVE
AUF BASIS VON ZIFFER 2 DES STADTRÄTLICHEN BESCHLUSSESANTRAGES

Der Stadtrat stellt einen Antrag zur Einlage in die finanzpolitische Reserve von Fr. 4'500'000.-. Die vorberatende Rechnungsprüfungskommission stellt dazu den Antrag, die Einlage nicht zu tätigen.

PRÄSIDENT RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION
THOMAS HILDEBRAND, FDP

Thomas Hildebrand, FDP, Präsident der Rechnungsprüfungskommission, führt aus, die Erläuterungen, weshalb die RPK einstimmig auf die Einlage finanzpolitischer Reserven verzichten wolle, seien bereits im Eintretensvotum kurz angesprochen worden, er gehe jedoch nochmals darauf ein.

Er erklärt, die finanzpolitische Reserve stelle lediglich eine Verschiebung innerhalb des Eigenkapitals dar. Das Ergebnis, welches die Stadt vor einer Einlage in diese Reserve ausweise, also rund 4.6 bis 4.7 Millionen Franken, werde faktisch dem Eigenkapital gutgeschrieben. Erfolge keine Einlage in die finanzpolitische Reserve, werde dieser Betrag ebenfalls innerhalb des Eigenkapitals verbucht, lediglich in einem anderen Fonds. Dies habe weder einen Einfluss auf den Cashflow noch darauf, dass der Stadt mehr liquide Mittel zur Verfügung stünden.

Er verweist darauf, dass der Ursprung dieser finanzpolitischen Reserve vor dem Wechsel von HRM1 zu HRM2 liege. Unter HRM1 habe man auf gewisse Vorabschreibungen verzichtet, unter HRM2 sei ebenfalls auf solche verzichtet worden, ebenso auf Vorfinanzierungen. Gleichzeitig sei in den vergangenen Debatten wiederholt festgehalten worden, man wolle auf Einlagen in finanzpolitische Reserven verzichten. Dabei sei argumentiert worden, es sei nicht entscheidend, ob eine schwarze oder eine rote Null ausgewiesen werde. Massgeblich sei vielmehr der Cashflow, wie zuvor bereits mehrfach betont worden sei, und dieser solle die zentrale Beurteilungsgrundlage bilden.

Er hält fest, er habe dennoch Verständnis dafür, dass der Stadtrat diese Einlage vorgeschlagen habe. Aus seiner Sicht habe der Stadtrat damit das Sparpaket besser vermitteln und gegenüber der Bevölkerung plausibler darstellen wollen. Gleichwohl schlage die RPK einstimmig vor, im Sinne der Transparenz auf die Einlage in die finanzpolitische Reserve zu verzichten.

VOTEN AUS DER RPK

Keine Wortmeldungen.

VOTEN AUS DEM PARLAMENT

Keine Wortmeldungen.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

STADTRAT PHILIPP WESPI

Stadtrat Philipp Wespi, FDP, Ressort Finanzen, möchte die Diskussion nicht verlängern; der Stadtrat nehme den Entscheid so zur Kenntnis. Der Stadtrat könne damit leben, wenn die Einlage einstimmig gestrichen werde. Zum Schluss könne er noch genau sagen, wie es in Franken und Rappen aussehe.

Er betont jedoch, der Stadtrat könne nicht zusichern, künftig nicht erneut von diesem Instrument Gebrauch zu machen. Man sei froh gewesen, beim Budget 2025 über eine finanzpolitische Reserve verfügt zu haben, da damit ein Verlust habe gedeckt werden können.

Er folgert, man könne daher nicht versprechen, dass der Stadtrat in vergleichbaren Situationen mit ähnlichen Zahlen nicht erneut eine solche Einlage beantragen werde. Gleichzeitig halte er fest, der Stadtrat nehme zur Kenntnis, dass es das freie Recht des Parlamentes sei, eine solche Einlage zu streichen.

ABSTIMMUNG

DAS STADTPARLAMENT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von Art. 21 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

Es wird keine Einlage in die Finanzpolitische Reserve getätigt.

Der Beschluss kam einstimmig zu Stande.

14 ENTNAHME VORFINANZIERUNG
AUF BASIS VON ZIFFER 4 DES STADTRÄTLICHEN BESCHLUSSESANTRAGES

Der Stadtrat stellt den Antrag, eine Entnahme aus Vorfinanzierungen von Fr. 90'900.- zu tätigen. Die vorberatende Rechnungsprüfungskommission unterstützt diesen Antrag.

VOTEN AUS DER RPK

Keine Wortmeldungen.

VOTEN AUS DEM PARLAMENT

Keine Wortmeldungen.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

ABSTIMMUNG

DAS STADTPARLAMENT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von Art. 21 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

Es wird eine Entnahme aus Vorfinanzierung von Fr. 90'900.- getätigt.

Der Beschluss kam einstimmig zu Stande.

15 GUTSCHREIBUNG DES ERTRAGSÜBERSCHUSSES AN DAS EIGENKAPITAL
AUF BASIS VON ZIFFER 5 DES STADTRÄTLICHEN BESCHLUSSESANTRAGES

Stadtrat Philipp Wespi, FDP, Ressort Finanzen, gibt seitens des Stadtrates den nun entstandenen Betrag von Fr. 4'387'950.- bekannt, welchen es gilt, als Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung dem Eigenkapital gutzuschreiben.

DAS STADTPARLAMENT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von Art. 21 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

Der Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung von Fr. 4'387'950.- wird dem Eigenkapital gutgeschrieben.

Der Beschluss kam mit Einstimmigkeit zu Stande.

16 KENNTNISNAHME AFP

Keine Wortmeldungen.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

17 ZWISCHENABSTIMMUNG ZUR KENNTNISNAHME DES AFP

DAS STADTPARLAMENT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von Art. 21 Ziff. 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

Vom Aufgaben- und Finanzplan (AFP) wird Kenntnis genommen.

Obenstehender Beschluss erfolgte mit einstimmigem Ergebnis.

VOTUM ANNINA ANNAHEIM, SP

Annina Annaheim, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, gibt Namens der SP-Fraktion bekannt, dass sie das Budget in der Schlussabstimmung so nicht annehmen werde. Sie begründet dies mit dem für sie zu niedrigen Steuerfuss von 113 Prozent.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

18 SCHLUSSABSTIMMUNG

DAS STADTPARLAMENT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates (SRB-Nr. 2025-223 vom 2. Oktober 2025)
und in Kenntnis des Abschieds der Rechnungsprüfungskommission vom 11. November 2025
sowie in Anwendung von Art. 21 Ziff. 2 der Gemeindeordnung -
nach gewalteter Detailberatung

BESCHLIESST:

1. Das Budget 2026 wird gegenüber der beantragten Fassung des Stadtrates vom 2. Oktober 2025 (SRB-Nr. 2025-223) wie folgt verändert:

1.1 ERFOLGSRECHNUNG

34. RESSORT / KONTO	336. BEZEICHNUNG	338. BETRAG	340. BESCHLUSS
41. PRÄSIDIALES 3010.11/1500	443. Löhne Teuerungszulage	445. minus Fr. 35'000.-	447. Kürzung gemäss Antrag der Rechnungsprüfungskommission in Übereinkunft mit dem Stadtrat.
48. TIEFBAU 3612.00/5400	450. Entschädigungen an Gemeinden und Zweckverbände	552. Fr. 280'000.-	554. Kürzung gemäss Antrag der Rechnungsprüfungskommission in Übereinkunft mit dem Stadtrat.
55. PRÄSIDIALES 3000.00/1002	557. Entschädigungen Stadtparlament	559. Fr. 3'600.-	661. Kürzung gemäss Antrag der Geschäftsleitung des Stadtparlamentes.
62. PRÄSIDIALES 3170.00/1002	664. Reisekosten und Spesen Stadtparlament	666. Fr. 9'000.-	668. Kürzung gemäss Antrag der Geschäftsleitung des Stadtparlamentes.
69. FINANZEN 3894.00/2032	771. Einlage in Finanzpolitische Reserve	773. Fr. 4'500'000.-	775. Keine Einlage gemäss Antrag der Rechnungsprüfungskommission

1.2 INVESTITIONSRECHNUNG

76. RESSORT / KONTO	778. BEZEICHNUNG	780. BETRAG	782. BESCHLUSS
83. HOCHBAU 4200.5040.028	885. Alters- und Pflegezentrum APZB – Ersatz Beleuchtung	887. Fr. 550'000.-	889. Setzung Sperrvermerk gemäss Antrag der Rechnungsprüfungskommission.
90. HOCHBAU 4100.5040.045	992. Bau Parkleitsystem rund um das Sportzentrum	994. Fr. 60'000.-	996. Streichung gemäss Antrag der Rechnungsprüfungskommission.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

2. Projekt-Nr. 4200.5040.028, Alters- und Pflegezentrum APZB – Ersatz der Beleuchtung mit Etat Fr. 550'000.- wird mit einem Sperrvermerk versehen.

3. Das Budget 2026 über die Aufwendungen und Erträge in der Erfolgsrechnung sowie der Investitionsrechnung des Verwaltungs- und Finanzvermögens wird wie folgt genehmigt:

–	Erfolgsrechnung	Aufwand	Fr.	144'776'850.-
		Ertrag	Fr.	149'164'800.-
–	Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	Ausgaben	Fr.	41'214'000.-
		Einnahmen	Fr.	3'825'000.-
–	Investitionsrechnung Finanzvermögen	Ausgaben	Fr.	4'857'000.-
		Einnahmen	Fr.	2'229'000.-

4. Der Steuerfuss wird für das Jahr 2026 auf 113 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

5. Es wird eine Entnahme aus Vorfinanzierungen im Umfang von Fr. 90'900.- vorgenommen.

6. Der Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung von Fr. 4'387'950.- wird dem Eigenkapital gutgeschrieben.

7. Vom Aufgaben- und Finanzplan 2025 – 2029 und der Langfristperspektive 2030 – 2031 wird Kenntnis genommen.

8. Die Grundentschädigung der Mitglieder des Stadtparlamentes wurde unter Ziff. 1.1 dieses Beschlusses von Fr. 1'400.- auf 1'300.- gesenkt (Art. 18 Abs. 1 EntschVO). Die um diese Bestimmung angepasste Teilrevision der Verordnung über die Entschädigung der Behörden (IE 100.01.03; EntschVO) wird genehmigt und per 1. Januar 2026 in Kraft gesetzt.

9. Ziffer 8 dieses Beschlusses unterliegt im Rahmen der beschlossenen Teilrevision der Verordnung der Entschädigung der Behörden (IE 100.01.03; EntschVO) dem fakultativen Referendum.

10. Das Begehren um Anordnung einer Urnenabstimmung zu Ziffer 8 dieses Beschlusses kann gestützt auf § 157 Abs. 3 lit. a des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR; LS 161) i.V.m. Art. 15 Ziff. 2 Gemeindeordnung (GO; IE 100.00.00) von 300 Stimmberechtigten innert 60 Tagen gerechnet ab dem Tag nach der Veröffentlichung oder gestützt auf § 157 Abs. 3 lit. b GPR von einem Drittel der Mitglieder des Stadtparlamentes innert 14 Tagen gerechnet ab dem Tag nach der Beschlussfassung schriftlich beim Stadtrat eingereicht werden.

11. Gemäss § 10 Abs. 2 lit. a des kantonalen Gemeindegesetzes (GG; LS 131.1) ist das Referendum zu den Ziffern 1 bis 7 dieses Beschlusses ausgeschlossen.

12. Gegen diesen Beschluss kann gestützt auf § 21a f. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRG; LS 175.2) wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, erhoben werden.

13. Im Übrigen kann gegen diesen Beschluss gestützt auf § 19 ff. VRG wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes oder Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung innert 30 Tagen ab Publikation beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, schriftlich Rekurs erhoben werden.

14. Mitteilung durch Protokollauszug an:
    a. Abteilung Finanzen
    b. Abteilung Präsidiales, Parlamentsdienst (Geschäftsakten)

Obgenannter Beschluss zur Schlussabstimmung kam mit 29 : 3 Stimmen zu Stande.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 04. DEZEMBER 2025

GESCH.-NR. 2024-1813
BESCHLUSS-NR. 2025-94

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll

Stadtparlament Illnau-Effretikon

Marco Steiner
Parlamentssekretär

Versandt am: 05.12.2025